

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Donnerstag, den 25. August 1921

Einzelnummer 25 Pfg. Durch Verkauf 1,00 Mk. für die Woche. 4,00 Mk. für den Monat. Durch die Post 4,10 Mk. für den Monat. Vertriebskonto Nr. 23 945. Sozialistischer Verlag, G. m. b. H., Dresden. Fernsprech-Nr. 1434. Ring Nr. 10.

Abdruckrechte: Die Schriftgröße Millimetergröße ober dem Raum 0,40 Mk. unter dem 0,20 Mk. Zeichen- und Zeichnungsgröße. Familiennachrichten. Gewinne und Verlosungsgewinne 0,40 Mk. Anzeigen: Die Millimetergröße, 3 Spalten ober dem Raum im Satz 1.- Mk.

Der Parteitag der VKPD. in Jena.

Der Auftakt.

Es ist ein besonderer Vorzug der Kommunistischen Internationale, daß sie sich in ihren Grundsätzen und in ihrer Tätigkeit unausgesetzt mit starker Selbstkritik auseinandersetzt. Die Gesetze der Kommunistischen Internationale sind keine ewigen leblosen Dogmen, die von Generation zu Generation als unerschütterliches Lehrgebäude verehrt werden müssen. Die Quelle der kommunistischen Kräfte und Kampfesenergie ist das Leben und die tausendfältige Arbeit der Proletarier in Stadt und Land. Die Parteitage der Kommunisten haben in den Ergebnissen der verhandelten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu prüfen, ob die Tätigkeit der Partei in der Vergangenheit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse im höchsten Maße gedient hat und wie in der Zukunft die kommunistische Partei die Führung des Proletariats praktisch gestalten soll. Die Kleinbürger vermögen hinter der Selbstkritik der Kommunisten nichts anderes als politische Geizhals und persönliche Zwietracht zu sehen. Da diese naive Auffassung der menschlichen und bürgerlichen Politiker von dem revolutionären Proletariat bei tieferem Nachforschen in sich zusammenbricht, so muß folgerichtig auch ihre Spekulation auf die Spaltung der Kommunisten zerfallen wie eine Seifenblase am Sonnenlicht. Trotz scharfer und unerbittlicher Selbstkritik, die in den nächsten Verhandlungstagen des Parteitages der VKPD. noch zum Ausdruck kommen werden, ist mit weislicher Sicherheit zu erkennen, daß die überwältigende Mehrheit der Delegierten aus allen Provinzen innerlich die Gedanken der Einheit der Partei festgehalten haben.

Die große internationale Bedeutung des 2. Kongresses der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands kam besonders zum Ausdruck in den Reden der Vertreter der kommunistischen Bruderparteien. Aus allen Anträgen der ausländischen Delegierten ging hervor, wie innigen Anteil die kommunistischen Parteien Westeuropas und die feindlicheren Gewissen von Sowjetrußland an der Entwicklung der VKPD. nehmen. Der Vertreter der norwegischen Arbeiterpartei wies sehr treffend darauf hin, daß der Fortschritt der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der kommunistischen Bewegung im besonderen in den Nachbarstaaten Deutschlands an zwei Voraussetzungen gebunden ist: an die siegreiche russische Revolution und den Sieg der deutschen Revolution. Die Geschichte hat gezeigt, daß mit der Verlangsamung der deutschen Revolution auch der revolutionäre Geist der Arbeitermassen in den übrigen Ländern ein wenig abgeflaut ist. Die Sozialdemokraten aller Länder geben der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine feste internationale Stütze, die es ihnen erst möglich macht, mit ihrer Ideologie auf die Arbeitermassen einzuwirken. Die Genossen der westeuropäischen Länder sahen deshalb mit Recht, daß die größte Verantwortlichkeit für die kommunistische Internationale jetzt die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands trägt. Der Schwerpunkt in der revolutionären Arbeiterbewegung Westeuropas liegt in Deutschland, und die wichtigsten Fragen der ganzen internationalen Bewegung wurden vom Genossen Fries-Norwegen formuliert:

„Wie und wie schnell wird es der Kommunistischen Partei Deutschlands gelingen, die großen deutschen Arbeitermassen um sich zu sammeln? Die Siege des revolutionären deutschen Proletariats sind unsere Siege und ihre Niederlagen sind unsere Niederlagen gewesen. Das Schicksal der Kommunistischen Partei Deutschlands bedeutet auch das Schicksal unserer Kommunistischen Partei.“

Nach dieser starken Betonung der internationalen Bedeutung der Erfolg und Niederlagen der VKPD. treten die vorhandenen innerparteilichen Spannungen zunächst in den Hintergrund. Keinerlich tritt die Spannung in Erscheinung bei der Verlesung der Schreiben der Exekutive und Lenins, als die Mehrheit des Parteitages auch die sofortige Verlesung des Offenen Briefes Kadeks an den Parteitag vom Präsidium des Kongresses forderte. In diesem Zusammenhang bedeutet der Selbstanschluß der Mitarbeiter Levis — der Geher und Düvell — die in der neuesten Nummer von „Unser Weg“ trotz der klaren und unzweideutigen Moskauer-Beschlüsse und der ebenso eindeutigen Beschlüsse des Zentralausschusses der VKPD. nur eine Episode. Der Parteitag beschloß ohne Diskussion den Ausschluß dieser Mitglieder durch die zentrale Antizipierung. 263 Delegierte stimmten in wärendlicher Abstimmung für den sofortigen Ausschluß, während die Genossen dem Ausschluß unter Vorbehalt der Wichtigkeit der gemachten Angaben zustimmten. Der Parteitag hat zwei Sozialdemokraten ausgeschlossen, die infolge

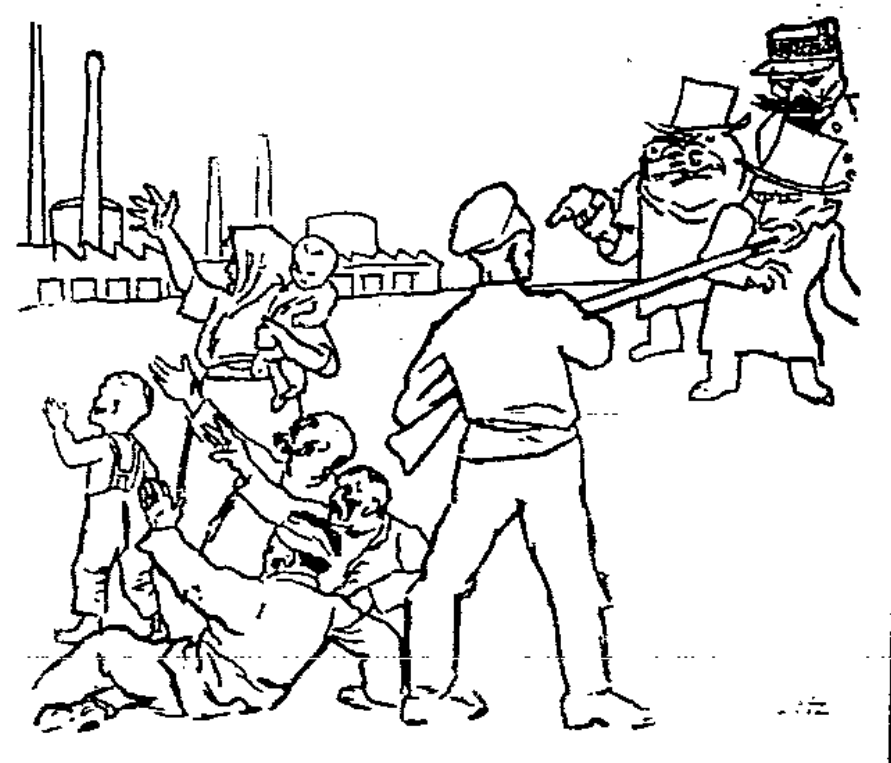
ihrer politischen Haltung längst keine Existenzberechtigung in der VKPD. mehr hatten. Es ist nicht zu leugnen, daß dadurch weitere Hemmnisse für die Entspannung der Partei aus dem Wege geräumt wurden und daß der Parteitag den nächsten Aufgaben der Partei um so größere Beachtung schenken kann. Die Referate des Genossen Hedert und der Genossin Sturm zeigten sichtlich den festen Willen, die Lehren des Weltkongresses zum gemeinsamen Gut aller kommunistischen Arbeiter zu machen.

Die Eröffnungssitzung.

Montag, den 22. August 1921.

Am Montagmorgen um 10 Uhr wurde im Volkshaus in Jena der zweite Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands eröffnet. Jena ist für die deutsche Arbeiterbewegung historischer Boden: 1905, 1907 und 1913 fanden in Jena die Tagungen der alten Sozialdemokratischen Partei statt. In den scharfen Kämpfen der Gegenwart werden insbesondere die auf diesen Tagungen geführten Massenstreikbewegungen wieder lebendig. Die glänzende Dialektik Rosa Luxemburgs hat auf Jenaer Boden mit überlegenem Geist gegen die reformistische Verumpfung der Parteiführer gekämpft. Rosa Luxemburg wurde von den Schergen der Konterrevolution gemordet; nicht meucheln konnten die Ketten ihren Geist. Möge er auf diesem Parteitag lebendig wirken. In

Helft der russischen Arbeiterklasse



der Sturmtruppe im Kampf gegen die internationale Ausbeuterbande

Jena war es, wo August Bebel 1905 mit der ihm eigenen hinreißenden Verehrtheit jene denkwürdige große Rede hielt über den politischen Massenstreik als neue Kampfswaffe des deutschen Proletariats. In Jena war es ferner, wo im Jahre 1911 derselbe August Bebel seine große Anklage gegen den Weltimperialismus. In Jena war es endlich, wo im Jahre 1913 die Geisteskräfte ausgefochten wurden über die heute wieder aktuell gewordene Frage des Vertwendungs zwecks der Reichsnotopfermilliarden, mit denen Wilhelm II. damals seine schimmernde Behr um eine Viertelmillion Köpfe vermehren wollte.

Buchlich durchbrausen die Klänge der Orgel den hochgewölbten Saal. Mit fester Stimme fallen die Delegierten ein und singen stehend die Internationale. Hierauf tritt der Vorsitzende der Partei, Genosse Stoeder, die Rednertribüne und begrüßt den Parteitag mit folgenden Worten:

Genossen und Genossinnen! Wenn wir heute zum Zweiten Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zusammentreten, so gilt unser erster Gruß den Tausenden von Klassengenossen, die in unserem „freiesten Lande der Welt“ in den Gefängnissen, Zuchthäusern schmachten; ihnen, den Opfern der Ausnahmeurteile, rufen wir heute von dieser Stelle aus, wo das revolutionäre Proletariat Deutschlands durch seine besten Vertreter anwesend ist, unseren brüderlichen Gruß zu in der Hoffnung, daß bald der Tag kommen möge, an dem sich die Tore für jene Klassengenossen wieder öffnen werden und sie in unseren Reihen im Kampfe stehen werden. Unser erstes Wort an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands ist:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Genossen und Genossinnen! Ferner müssen wir gleich am Beginn unserer Tagung jenen unzähligen Helden in Sowjetrußland gedenken, die nunmehr seit vier Jahren einen heldenhaften Kampf für die Arbeiterklasse der ganzen Welt führen. Während die Bourgeoisie es in ihren Revolutionen verstanden hat, alle die Opfer für sich bringen zu lassen, bleibt

heute dem Proletariat in seinem Befreiungskampf kein Opfer erspart. Wir sehen es an dem gigantischen Kampf in Rußland, wie nur zu wahr das Wort von Karl Marx ist von dem Golgathaweg, den das Proletariat in seinem Befreiungskampf zu gehen hat. Nachdem die russischen Genossen in fast dreißigjährigen Kämpfen, in dreißigjährigem Bürgerkrieg die Meute der Kapitalisten der ganzen Welt niedergedrungen haben, türmen sich ihnen heute, wo sie den Bürgerkrieg überwunden haben, durch die lange Blodade und die Kriegszerstörungen neue Schwertgeleiten auf in dem Aufbau der Produktion. Und nicht genug damit, nein, das tödliche Geschick einer schweren Dürre hat diese Lage noch ungeheuer erschwert.

Unsere Partei, daß darf ich wohl sagen, hat sofort alles getan, um den russischen Brüdern zu Hilfe zu kommen. Ein besonderes Referat auf diesem Parteitag wird die Wege zeigen, wie wir alle Kräfte unserer Partei mobilisieren können, um unseren russischen Brüdern zu helfen. Aber wir müssen auch zugleich, und zwar auch von dieser Stelle aus, den schärfsten Protest dagegen einlegen, daß

die bürgerlichen Regierungen und die Menschewisten aller Länder die Hilfsaktion benutzen wollen im gegenrevolutionären Sinne.

Wir rufen alle Arbeiter Deutschlands auf, den russischen Proletariern vorbehaltlos zu helfen.

Genossen! Wir Kommunisten werden alles tun, um die Hilfsaktion für das hungernde Sowjetrußland zu unterstützen. Wir appellieren insbesondere schon jetzt an alle Parteigenossen, in dieser Arbeit nicht zu ermüden und nicht zu erlahmen und alles restlos herauszuholen, was wir den russischen Brüdern irgendwie geben können. Wir können heute etwas geben. Wir sind nicht mehr eine kleine Partei, wie der frühere Spartakusbund, wir sind nicht mehr eine Massenpartei unter konterrevolutionärer Führung, wie die USP. es war, wir sind heute

eine revolutionäre Massenpartei geworden. Erst dreiviertel Jahre trennen uns von dem Vereinigungsparteitag im Dezember vergangenen Jahres. Damals erst, kaum losgeformt, sind wir heute im Kampf zu einer festesten und geschlossenen Kampfpartei geworden; und ich lege Wert darauf, gleich zu Beginn der Tagung es allen Segnern und Spekulanten auf unsere Uneinigkeit zuzurufen,

daß die Einheit unserer revolutionären Massenpartei von niemand mehr zerstört werden kann.

(Beifall.) Wir haben in den vergangenen Monaten gezeigt, daß unsere Partei als erste in der Geschichte der revolutionären Bewegung Deutschlands als Massenpartei zum Kampf entschlossen ist, und dem Kampfe mit der Bourgeoisie nicht aus dem Wege geht. So muß es bleiben: das Proletariat Deutschlands muß und wird erkennen, daß es eine Partei hat, die kommunistische Partei, die entschlossen ist, in allen Kämpfen der Arbeiterklasse mutig und energisch an ihrer Spitze zu stehen.

Den revolutionären Geist und Elan, der sich im vergangenen Kampfe gezeigt hat, gilt es unter allen Umständen auch beizubehalten in Zeiten, wo wir nicht im offenen Kampfe stehen. Gewiß, wir brauchen uns nicht zu verhehlen, daß wir das Ziel, das wir uns im Dezember gesteckt haben, nicht ganz erreicht haben, denn wir haben im März eine Niederlage erlitten. Die inneren Auseinandersetzungen haben uns daran gehindert, unsere Kräfte so zu entfalten, wie wir es hätten tun müssen. Aber wir werden aus den Kämpfen, die wir geführt haben, die Lehren ziehen. Niemand von uns wird ohne Ernst an die Krisen denken, die die junge Partei gleich in ihren ersten Monaten erschütterten. Ich hoffe, zumal der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale uns dazu ganz wesentlich geholfen hat, daß wir auf diesem Parteitag

diese Krisen liquidieren und abschließen werden, und daß wir dann in fester einheitlicher, geschlossener Front in die Kämpfe gehen, die uns bevorstehen. Dabei darf natürlich nichts verschwiegen werden. Wir müssen offen ausprechen, was ist. Aber wir haben auch keinen Grund, uns weiter durch innere Auseinandersetzungen zu schwächen. Der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale hat die großen taktischen Richtlinien gegeben, die für die kommunistischen Parteien aller Länder in der nächsten Zeit maßgebend sind. Er hat an alle Parteien die Aufforderung gerichtet:

Heraus an die Massen!

Und so ist es die wichtigste Aufgabe unseres Parteitages, die Wege zu finden, die uns den Massen näherbringen, die unseren Boden in den breitesten Massen vertiefen und erweitern. Die politische Situation ist so günstig für uns wie nur je. Und ich hoffe, daß wir im Geiste jener Vorkämpferin der Arbeiterklasse, Rosa Luxemburg, die in diesem Saale 1905 zum ersten Male den Kampf gegen die Reformisten in der alten Sozialdemokratie aufnahm, die Wege finden werden, die uns den Massen näherbringen.

So hoffe ich, daß dieser Parteitag weniger unter dem Zeichen der Vergangenheit der Partei, als unter dem Zeichen der Zukunft der Partei stehen wird, damit wir die großen Aufgaben, die uns die kommenden Kämpfe zeigen werden, erfüllen können. In diesem Sinne erkläre ich den Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei für eröffnet.

Nach der Eröffnungssitzung des Genossen Stoeder begrüßte der Genosse Herzfeld im Namen der Ortsgruppe Jena der VKPD. den Parteitag. Nach dem Genossen Herzfeld sprach ein Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale, der auf die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses in Moskau hinwies und die Resultate dieses Kongresses in kurzen Zügen skizzierte.

Da der Vizepräsident des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale...

Der Genosse Krieland verliest den Brief des Genossen Lenin, der mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wird.

Zu Begrüßungsansprachen erhalten nunmehr die Vertreter der ausländischen Bruderparteien das Wort.

Genosse Krieland (Norwegen) führt aus: Ich habe den ehrenvollen Auftrag erhalten, hier auf Ihrem Parteitag die norwegische Arbeiterpartei zu vertreten.

Die größte Verantwortlichkeit für die ganze kommunistische Internationale hat deshalb jetzt die deutsche kommunistische Partei.

und die wichtigste Frage unserer ganzen internationalen Bewegung ist die: wie, und wie schnell wird es der kommunistischen Partei Deutschlands gelingen, die großen deutschen Arbeitermassen um sich zu sammeln?

Wir haben die Märzämpfe verteidigt. Die taktischen Fehler, die in diesem Kampfe gemacht wurden, sind in unserem Lande wie in allen Ländern gegen uns von den Rechtssozialisten ausgenutzt worden.

Deshalb ist auch kein Gegensatz zwischen der Krise und der „Prospérité“ vorhanden. Vom Gesichtspunkte der Arbeiterklasse stellt die neue kapitalistische Hochkonjunktur nur eine gesteigerte Krise dar.

in allen Tagesfragen scharf und deutlich für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Deshalb kämpft sie gleichzeitig am effektivsten für die Revolution. Das ist nach meiner Meinung das Ergebnis des Moskauer Kongresses, und darin sind wir alle einig.

Hier wurden die inneren Streitigkeiten der Kommunisten endgültig liquidiert.

Christiansen (Dänemark): Ich habe den Auftrag der kommunistischen Partei Dänemarks erhalten, der 2. Parteitag zu übermitteln.

Peters (Holland): Ich übermittele Euch hiermit mit Freuden die Grüße der holländischen KP.

Wela (Luxemburg): Die kommunistische Partei Luxemburgs ist erst vor kurzem durch Spaltung der SPK entstanden.

Wohf (Schweiz): Ich will mich kurz fassen und nur einige Gedanken mitteilen, die mir die Schweizer Genossen mit auf den Weg gegeben haben.

Ich glaube, daß das für unser Land, die Schweiz, im stärksten Maße gilt. Wir sind eingeschlossen von vier großen Ländern.

„Wir sind so in Parteien und Gruppen zerfallen, daß wir schon gar keine einheitliche Klasse mehr sind!“

Arbeiter, schließt Euch zusammen zur tätigen Hilfe für Sowjetrußland!

die Entwicklung der Dinge in der italienischen kommunistischen Partei, die für uns von großer Bedeutung ist.

Genossen, ich will nur eine kurze Bemerkung über die spezielle Situation in unserer Partei machen.

Die Gewerkschaftsfrage ist eine der wichtigsten Fragen für uns. Wir erlauben uns hier die Worte, die der Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale heute zu ihnen gesprochen hat, aufs wärmste zu unterstützen.

in unseren Bruderparteien vor sich geht. Genossen, wir haben in diesem Monat die Amsterdamer Kongresse in unserem Lande gehabt.

Der Vorsitzende, Genosse Wied, gibt bekannt, daß sich noch Vertreter der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Italiens und Bulgariens angemeldet haben.

Hierauf wird zur Wahl der Kommission geschritten. Es wird eine Mandatsprüfungskommission, eine Beschwerdekommission, eine Statutenberatungskommission und eine Reaktionskommission gewählt.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Bruno Franz-Limbach, Paul Bernhard-Offenbach, Josef Reuhauser-Söln, Gustav Gerber-Fürth, Otto Zimmermann-Königsberg, Arthur Leuchter-Leipzig, Edmund Schwarz-Lingen.

In die Beschwerdekommision: Albert Borsdorf-Wittenberg, Karl Lohz-Dortmund, v. Borkel-Hamburg, Richard Ruppert-Berlin, Karl Becker-Jena, Otto Berner-Ulm, Fritz Weiß-Hartha.

Der Statuten-Beratungskommission gehören an: Willi Sasse-Wittersfeld, Oskar Triebel-Barmen, Otto Hoffmann-Hamburg, Hans Pfeiffer-Berlin, Gustav Haubold-Falkenau, Alfred Wochert-Pöschel, Gustav Schreiber-Stuttgart, Otto Burke-Leisnig, M. Heinrich-Köln, Horst Orsch-Frankfurt a. M., Martin Hoffmann-Königsberg, Karl Mayer-Wilhelmshaven, Georg Secheltner-Mannheim, Johann Meyer-Nürnberg, August Meisinger-Burg.

Der Reaktionskommission gehören an: Georg Schumann-Halle, Karl Becker-Hamburg, Ernst Friesel-Hannover, Max Sievert-Chemnitz, Felix Schmidt-Hannover, Franz Dahlem-Köln, Clara Zeilin-Stuttgart.

Zur Tagesordnung wird beschlossen, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften als einen besonderen und zwar den vierten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Nachmittagsitzung.

Nach Eröffnung der Nachmittagsitzung wird vom Genossen Wied mitgeteilt, daß ein Antrag eingelaufen ist, den Brief des Genossen Nabel, soweit er in der „Roten Fahne“ veröffentlicht ist, zu verlesen.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung gibt Genosse Wied Kenntnis von einer Erklärung der Berliner Delegation zum Brief der Exekutive. Er teilt mit, daß in dieser Erklärung auch die Delegationsleiter der Bezirke Pommern, Mecklenburg, Danzig, Niedersachsen, Wasserlande und Thüringen angeschlossen haben.

Der Brief der Exekutive der kommunistischen Internationale an den Parteitag der KPD, enthält einen Absatz, der sich mit den Abweichungen von der richtigen Linie beschäftigt.

Lafache ist, daß die Berliner Organisation von Beginn der Parteiliste an (Februar 1921) eine klare einheitliche Linie einhält.

Nach den Märzämpfen hat die Organisation sich reorganisiert wie keine andere. Von 10000 im Februar abgerechneten Mitgliedern zählte sie im Juni auf 26000.

Die Berliner und Brandenburger Delegation.

Ausschluß von Geyer, Düwel und Waldemar.

In einer Mitteilung der Zentrale erhält der Genosse Stöcker aus Bort: Goeben ist der Zentrale Nummer 89 des „Unser Weg“ in die Hände gekommen.

Coyne und Duvell haben auf der letzten Sitzung des Zentralausschusses unterbreitend erklärt, daß sie sich den Beschlüssen des 3. Weltkongresses fügen. Sie haben jetzt gegen diese Beschlüsse einen großen Restoß getan. Außerdem machen sie sich einer Unwahrheit schuldig, indem in der Zuschrift erklärt wird, daß die Artikel Coyne's und Duvell's von der "Internationale" bzw. von der "Roten Fahne" abgelehnt worden sind. Der Artikel von Coyne wurde in der Redaktion der "Internationale" angenommen und sollte in der nächsten Nummer veröffentlicht werden. Der Artikel von Duvell wurde meiner Ansicht nach mit Recht abgelehnt, weil er in einer unehrlichen Form ein Ultimatum an die Partei stellt. Die Zentrale hat auf meinen Antrag beschlossen, Duvell und Coyne aus der Partei auszuschließen und sie aufzufordern, ihr Mandat zum Parteitag sofort niederzulegen und den Saal zu verlassen (lebhafte Beifall). Der Parteitag schließt sich ohne Debatte dem Antrag der Zentrale an. Für den Ausschluß stimmten 263 Delegierte ohne Vorbehalt und 5 Delegierte mit Vorbehalt. Hierauf werden die Referate der Genossen Stöcker und Sturm entgegengenommen, über die wir in der Abendausgabe berichten.

Die fünf Delegierten, die dem Ausschluß unter dem Vorbehalt zustimmen, daß die Angaben des Genossen Stöcker richtig sind, waren Prash, Diehl (Rheinland-Westfalen), Schröder, Kade (Kernscheid) und Weise (Chemnitz). Gegen den Ausschluß stimmte niemand, ein Zettel wurde unbeschrieben abgegeben.

Bericht des Genossen Heckert vom dritten Weltkongreß.

Parteilgenossen- und Parteilgenossinnen! Es ist bebauerlich, daß unser Parteitag mit einem solchen Anstalt — wie wir ihn eben erlebt haben — eröffnet werden mußte. Und zwar um so bebauerlicher, weil aus unserer Parteitag die ganze kommunistische Welt mit Spannung schaut, weil sie sehen will, wie die K.P.D. die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses der kommunistischen Internationale auswertet. Die deutsche kommunistische Partei steht heute im Mittelpunkt der revolutionären Bewegung der Welt. Und die Briefe der russischen Genossen, die wir heute früh gehört haben, werden gewiß dazu beigetragen haben, daß wir uns der ungeheuren Verantwortlichkeit, die auf unsere Schultern gelegt ist, bewußt geworden sind. In diesem Bewußtsein unserer ungeheuren Verantwortung müssen wir die Kongreßbeschlüsse werten, frei von aller Leidenschaftlichkeit und mit aller Nüchternheit.

Das erste, worauf wir unsere Aufmerksamkeit lenken müssen, ist der frühe Zusammentritt des Weltkongresses. Daß der Kongreß viel früher einberufen wurde, als ursprünglich vorgesehen war, hängt damit zusammen, daß angesichts der schicksalsschwangeren weltpolitischen Situation es ein unbedingtes Erfordernis war, die Taktik des Kampfes und die Strategie der einzelnen kommunistischen Parteien festzulegen. Ein Zweites, was beachtet werden muß, ist, daß auf diesem Kongreß

mehr Proletarier vereinigt waren, als jemals vorher auf irgendeinem internationalen Kongreß.

Aus 52 Ländern waren fast 650 Delegierte vertreten. Die kommunistische Internationale hatte sich auf dem Dritten Kongreß die Aufgabe gestellt, sich klar zu werden über den Stand ihrer Organisation, über die weltpolitische Situation und die Einstellung der kommunistischen Parteien zu dieser Situation. Und schließlich galt es, aus alledem die Schlussfolgerungen für unsere künftige Arbeit zu ziehen.

Der Kongreß hatte aus den praktischen Erfahrungen, die die Internationale in der Zeit seit dem Zweiten Kongreß gemacht hat, die notwendigen Lehren zu ziehen. Er hatte zu überprüfen, ob die Beschlüsse, die der Erste und Zweite Kongreß gefaßt hat, durchgeführt wurden und wie sie durchgeführt wurden. Die erste Frage die zu behandeln war, was die italienische Frage. Im vergangenen Jahre hatten wir — wo zu uns die 21 Bedingungen verpflichteten — die Sozialistische Partei Italiens von denjenigen Elementen zu reinigen, die sie in den Sumpf des Opportunismus hineinziehen wollten. Auf dem Kongreß wurde zum Ausdruck gebracht, daß die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in Italien richtig gehandelt haben. Daß das Exekutivkomitee die Situation in Italien viel richtiger eingeschätzt hat, als die Arbeiter, die Serrati folgen, das bewies nicht allein das erdrückende Material, das den Delegierten in Moskau vorgelegt wurde, sondern vor allem das Verhalten der Serrati-Gruppe gerade zur Zeit des Kongresses. Ihre Anbiederung an die Faschisten, mit denen sie einen Friedensvertrag abgeschlossen haben, beweist, daß die Serrati von Kommunismus mehr trennt, als von der Bourgeoisie. Darum billigte der Kongreß einstimmig das Verhalten der Exekutive.

In der deutschen Frage verhielt es sich anders als in der italienischen Frage. Hier kam nicht die Spaltung einer der internationalen angeschlossenen Parteien in Frage, sondern die Lösung der kommunistischen Elemente der U.S.P. und ihre Verschmelzung mit dem Spartakusbund in der K.P.D. Es war ferner zu behandeln die Stellung zur K.A.P., der gegenüber man durch eine klare und deutliche Politik enthielt, daß sie keine kommunistische Partei ist, sondern eine Partei von Konfusionsisten und Anarchisten. Zur Lage in der französischen Partei war zu beachten, daß die Arbeiterklasse Frankreichs vom Nationalismus mehr angegriffen war als irgendein anderes Proletariat. Der Kongreß erkannte an, daß trotz aller Schwächen der französischen Partei, die kritisiert wurden, die französischen Arbeiter sich auf dem Wege zum Kommunismus entwickeln. Auch hier wurde die Politik der Exekutive einstimmig gebilligt. In der Tschecoslowakei war zu beachten, daß dort seit Jahren die Arbeiter von unten auf auf ihre sozialdemokratischen Führer einen Druck ausübten in der Richtung zum Kommunismus hin. Es ist uns gelungen, in der Tschecoslowakei eine große kommunistische Partei zu schaffen, die über 100 000 Mitglieder umfaßt und die Garantie gibt, daß sie bald imstande sein wird, eine wirkliche kommunistische Partei zu treiben.

Aber die kommunistische Internationale hat es nicht nur als ihre Aufgabe betrachtet, sondern sie hat auch alles getan, um die kommunistischen Proletarier zu sammeln und zu vereinigen,

wo es nur möglich war. In Amerika, England wurden die einzelnen kommunistischen Gruppen zu einer einheitlichen Partei zusammengeschlossen. Die große Anzahl von Delegierten aus Korea, Japan und anderen orientalischen Ländern beweist uns, daß die kommunistische Internationale richtig gehandelt hat, als sie bestrebt war, die Idee des Kommunismus nach dem Osten zu tragen. Der Kongreß hat auch das Verhältnis der Internationale zu den Gewerkschaften geprüft und er hat festgestellt können, daß der Gedanke der Roten Gewerkschaftsinternationale, die im vorigen Jahre gegründet wurde, in Millionen Proletariern Boden gefaßt hat. Kurzum — der Kongreß konnte feststellen, daß die kommunistische Internationale in der Zeit seit dem Zweiten Kongreß eine große und mächtige Sammelarbeit geleistet hat.

Die wichtigste Aufgabe des Dritten Kongresses war, die weltwirtschaftliche Situation zu analysieren und das Verhältnis der kommunistischen Parteien dazu festzulegen. Die Genossen Trotski und Warga haben den Versuch unternommen, die wirtschaftliche Lage zu untersuchen. Sie sind zu dem Ergebnis gelangt,

daß die kapitalistische Gesellschaft sich in einer Krise befindet, die nicht wie andere Krisen überwindbar ist,

sondern in einer Krise, aus der es für sie keine Rettung gibt. Allerdings verläuft der Sterbeprozess des Kapitalismus nicht so rasch, wie wir früher geglaubt haben. Die kapitalistische Wirtschaft ist — wie Trotski und Warga nachweisen — in der Lage, sich vorübergehend zu erholen und sogar eine Scheinprosperität in einzelnen Ländern vorübergehend durchzumachen. Es ist — wie Trotski und Warga ausdrücklich nachweisen — der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht von heute auf morgen zu erwarten. Aber dies kann für uns kein Anlaß sein, zu verzagen und zu verzweifeln, sondern wir haben die Pflicht, unsere Taktik auf die Möglichkeiten, die das Kapital hat, einzustellen. Und Trotski sagte auch, daß es durchaus falsch sei, anzunehmen, daß nur in einer Periode des kapitalistischen Zusammenbruchs die revolutionäre Welle ausbrechen könnte. Wir können feststellen, daß

gleichzeitig mit der Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaft der Revolutionierungsprozess der Arbeiter vorwärts schreitet.

Gerade die Erholung der Wirtschaft kann die Arbeitermassen anfeuern. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung nach der russischen Revolution von 1905/6. Auch die Verloren der Prosperität müssen von uns benutzt werden, um die Revolution vorwärts zu treiben.

Auf der Unterlage der Trotskischen Analyse haute Kade sein Referat über die Taktik auf. Seine Aufgabe war, zu zeigen, wie sich die kommunistische Partei zu der jeweiligen Situation in den einzelnen Ländern stellen muß. Große Massenkämpfe geben uns die Möglichkeit, unsere Stärke und unseren Einfluß in den einzelnen Ländern nachzuprüfen. Bei dem großen Streit der englischen Bergarbeiter stellte es sich heraus, daß die kommunistische Partei Englands außerstande war, den Verrat von Thomas, dem Führer der englischen Bergarbeiter, und von Williams, dem Führer der Transportarbeiter, und wegen seines Verhaltens bei diesem Streit aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde, zu durchkreuzen. Sie war nicht in der Lage, die Bewegung der englischen Massen zu leiten und einen bedeutenden Einfluß auf

Weshalb

ist Rußland vom Hunger bedroht?

Der Menschewil und alle Bürgerlichen schreien im Chor:

„weil die Sowjetregierung es nicht verstanden hat, das Land richtig zu verwalten.“

Jeder vernünftige Arbeiter dagegen sagt:

„weil die Sonne das Korn verbrannt, die Weißgardisten des Zaren das Eisenbahnnetz in Grund und Boden gewirkt und die kapitalistischen Mächte der Welt das Land durch Blockade ruiniert haben.“

Und doch ist Sowjetrußland nicht untergegangen.

Deutsche Arbeiter! Helft Euren russischen Brüdern! Sie haben für Euch gekämpft und gelitten!

Sammelt, zahlt die Beträge sofort auf dem nächsten Postamt ein auf das Postfachkonto Berlin NW. 115 089 „Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland“.

den großen Massenkampf auszuüben. Die englische kommunistische Partei ist noch nicht der Machtfaktor im Kampfe mit dem Kapital, der sie sein könnte.

Ein ähnliches Bild gab uns die Lage in Italien. Dort war nach dem Kriege die Bourgeoisie vollständig desorganisiert. Aber die Führer der italienischen Arbeiterbewegung hatten nicht den Mut, die Konsequenzen aus der großen Aktion der Betriebsbesetzungen zu ziehen, die sich an den Streit der Metallarbeiter anknüpfte. Man ließ den Kampf verfallen, und er wurde mit einer Stärkung der Bourgeoisie beendet, die sich in dem Terror der Faschisten auswirkte.

Bei dem Dezemberstreik in der Tschecoslowakei, der durch die Bezeugung des Prager Volkshauses ausgelöst wurde, zeigte sich sogar, daß die Parteileitung der damals noch Sozialistischen Partei die Bewegung einfach verließ. Sie merkte nicht einmal, daß Millionen Proletarier im Kampfe standen, und daß es galt, den Kampf weiter vorwärts zu treiben.

Im Mittelpunkt der Taktikdebatte stand die Märzaktion.

Jhr wurde die meiste Beachtung geschenkt, denn es galt, die Lehren der Märzaktion nicht nur für uns festzustellen, sondern auch für alle anderen Länder. Aus den Briefen Lenins und der Exekutive haben Sie gesehen, daß die Internationale von tiefer Beforgnis erfüllt ist, daß nicht nur wir in Deutschland unsere Fehler wiederholen könnten, sondern auch unsere Bruderparteien in anderen Ländern. Ich will nicht die Stellung der deutschen Delegation in Moskau hervorheben. Der Kongreß hat unserer Auffassung nicht Recht gegeben.

Und ich bin der Meinung, daß der Kongreß hier richtig gehandelt hat, denn es handelte sich nicht um die Bewertung von Einzelheiten, bei denen eine verschiedene Beurteilung möglich ist, sondern es galt, vor allem die Hauptfrage, den Hauptfehler, den wir gemacht haben, festzustellen. Lenin, der in seinem Briefe erklärt, welche großen Fehler wir gemacht haben, sagt uns auch,

daß die Märzaktion nicht nur ein gewaltiger Fortschritt war, weil große Massen von Arbeitern mit uns in den Kampf zogen, sondern auch, weil sie uns erlaubt hat, bedeutungsvolle Erfahrungen zu sammeln und, geklärt auf sie, Fehler in der Zukunft zu vermeiden.

Man hat uns in Moskau vorgeworfen, daß wir nur die Verbältnisse in Deutschland in Betracht gezogen haben. Große revolutionäre Kämpfe können heute nicht isoliert in den einzelnen Ländern geführt werden. Die eine Partei muß mitunter ihre Schritte zügel, damit die anderen Länder nachkommen können. Man hat uns weiter vorgeworfen, daß wir uns kein klares Ziel gesetzt haben, daß wir unsere Kräfte überschätzen, und besonders, daß wir die Verbindung mit den Massen verloren haben. Und darauf kommt es in der Hauptsache an.

Es wäre sehr verkehrt, wenn wir unsere Fehler nicht sehen könnten, und es kommt auch nicht darauf an, daß wir vorbeugen, was sich zu unserer Entschuldigung anführen läßt. Die Hauptfehler müssen klar und deutlich herausgeholt werden, damit wir in der Zukunft nicht nochmals denselben Fehler machen.

In der russischen Delegation traten bei der Beurteilung der Märzaktion drei Richtungen hervor. Kade, der uns besonders mangelnde Vorstich vorwarf, wandte sich mit großer Schärfe gegen diejenigen, die eine passive Linie vertraten, und gegen die Renegaten, die, wie Levi, mit in der Aktion in den Städten stelen und die Aktion sabotierten. Trotski hob unserer Meinung nach die Fehler, die wir gemacht haben, zu streng hervor und er urteilte in manchen Punkten ungerade. Ueberhaupt vertrat Trotski in der Auslegung der Thesen zur Taktik eine Linie, die meiner Ueberzeugung nach von der großen Mehrheit des Kongresses keineswegs gebilligt wurde. Einen Protest gegen die Auslegung Trotskis in der Rede, die — wie wir voraussehen — von Levi zu seiner Rechtfertigung ausgenutzt und im „Sowjet“ veröffentlicht wurde, zu dem wir bereits zahlreiche Unterschriften gesammelt hatten, haben wir nur deshalb unterlassen, damit der Einbruch vermieden würde, daß wir aus persönlicher Verstimung heraus die russische Delegation spalten wollten. Die Kritik Lenins bezog sich besonders darauf, daß es unser Bestreben sein müsse, die Arbeitermassenmassen auf breiterer Grundlage zum Kampfe zu sammeln. Daß der Geist der Offenheit im Proletariat nicht verurteilt wurde, geht aus dem Satze der Thesen hervor, den gerade Lenin unterstrich, daß

derjenige kein Kommunist sei, der nicht offen kämpft wolle zum Sturze des kapitalistischen Systems.

Die Auseinandersetzungen auf dem Dritten Weltkongreß über die Märzaktion wurden mit dem Friedensvertrag abgeschlossen, der Ihnen bekannt ist. Dieser Friedensvertrag muß die unabänderliche Grundlage sein, auf der wir weiter arbeiten. Gegen diejenigen Elemente, die ihn ausnützen wollen, um ihre opportunistische Auffassung in die Partei hineinzuschmuggeln und um ihr parteijudisches Treiben fortzusetzen, spricht sich die Resolution, die die Exekutive auffordert, die Vorgänge in der deutschen Partei sorgsam zu beachten und jeden Disziplinbruch rücksichtslos zu ahnden, mit aller Schärfe aus. Sie können überzeugt sein, wenn wir heute den Fall Coyne-Duvell nicht so erwidert hätten, wie es geschehen ist, so hätte die Exekutive von sich aus einen gleichen Beschluß gefaßt und nicht weniger rasch als wir. Was in dem Vertrag festgelegt ist, das muß unter allen Umständen eingehalten werden. Ich bin Ueberzeugung, auch Sie werden das einmütig beschließen, und damit die Diskussion über die Märzaktion endlich zum Abschluß bringen.

Lenin hielt auf dem Kongreß ein Referat über die Politik der kommunistischen Partei Rußlands.

Er setzte uns die Bedeutung der Konzeption auseinander, die Rußland sowohl an die englischen Kapitalisten wie an die Bauern gemacht hat. Rußland ist kein Land, das sich voll zum Kapitalismus entwickelt hat. Es befindet sich noch teilweise in einer vorkapitalistischen Phase und von der Politik, die unsere Genossen aus diesem Grunde machen müssen, lassen sich nur bedingt Rückschlüsse ziehen auf wirtschaftlich vorgeschrittene Länder. Vor allem kommt es in Rußland darauf an, die Staatsgewalt in den Händen der Arbeiterklasse zu erhalten. Die Notwendigkeit der Konzeptionspolitik unserer russischen Genossen kam besonders dadurch zum Ausdruck, daß keiner ihrer Kritiker, wie die Genossen Kollontai, imstande war, auch nur einen einzigen positiven Vorschlag zu machen.

Eine außerordentlich wichtige Frage, die den Kongreß beschäftigte, war die Gewerkschaftsfrage und auch wir werden uns hier eingehend damit beschäftigen. Sie haben es heute aus dem Munde des Vertreters der Roten Gewerkschaftsinternationale gehört:

ohne die Gewerkschaften können wir die Revolution nicht zum Siege führen und darum müssen wir die Gewerkschaften erobern.

Der Kongreß hat erklärt, daß die Parole: Heraus aus den Gewerkschaften! rücksichtslos bekämpft werden muß. Die Umherdamer Gewerkschaftsführer stehen auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften politisch neutral sein müssen. Sinowjew wies nach, daß diese politische Neutralität einer ausgesprochen sozialdemokratischen Politik entspricht. Es ist notwendig,

daß die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in enger Verbindung stehen mit ihrem politischen Kampf.

Nach diesen Feststellungen des Kongresses zur Frage der Neutralität der Gewerkschaften ging man dazu über, die praktischen Aufgaben der Gewerkschaften festzustellen. Es wurde ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm aufgestellt, dessen Leitgedanke ist, daß die wirtschaftliche Krise die Gewerkschaften zu Angriffsaktionen zwingt. Es gilt, diese Aktionen zu revolutionären Massenbewegungen zu steigern. Die gegenwärtige Form der Gewerkschaften ist für die notwendigen Kämpfe ungeeignet, die Gewerkschaften müssen umgestaltet werden zu Industrieorganisationen. Vor allem ist notwendig auch die Koordinierung der einzelnen Bewegungen. Gerade bei englischen Bergarbeiterstreik hat gezeigt, daß z. B. die Bergleute in einem einzelnen Lande nur dann Erfolge erzielen können, wenn sie von den Bergleuten aller übrigen Länder aktive Unterstützung erhalten.

Ferner wurde als Aufgabe der Gewerkschaften festgestellt, gegen die Technische Nothilfe, die Faschisten, die Streikbrecherorganisationen aller Art Kampfororganisationen zu bilden. Es wurden ferner die Methoden der Arbeiterkontrolle dargelegt, die Kämpfe, die von den Gewerkschaften gegen die Befragung des Proletariats durch Steuern, gegen den Steuerraubzug, geführt werden müssen. Es kann keine rein gewerkschaftliche Politik geben, sondern nur eine Klassenpolitik des Proletariats. Diese Politik kann nur betrieben werden in enger Verbindung mit dem Kommunismus, der in allen Bewegungen die Proletarier zusammenfaßt, muß, der dafür sorgen muß, daß die kommunistische Internationale der Generalstab der proletarischen Massen aller Länder wird. In gleichem Sinne wurde auf dem Kongreß Stellung zur Frauenfrage, zur Jugend und zu den Genossenschaften genommen. Als organisatorische Schlussfolgerung aus allen diesen Fragen zog der Kongreß die Notwendigkeit der strengsten Zentralisation. Die Disziplin darf kein leeres Wort sein. Sie ist die absolute Vorbedingung für den Sieg des Kommunismus.

Als die kommunistische Internationale gegründet wurde, da glaubten bei uns in Deutschland viele hervorragende Genossen, daß sie eine Frühgeburt und nicht lebensfähig sei. Und auch nach dem 2. Kongreß, als die 21 Bedingungen festgelegt wurden, hat man gesagt, daß dies den Todesstoß für die Internationale bedeute. Nun, wir haben die französische, die tschechische Partei gewonnen, wir haben nach dem Orient unseren Siegeszug angetreten, wir haben in England, in Amerika die Kommunisten zusammengeschlossen. Noch kann die kommunistische Internationale nicht alle ihre Aufgaben erfüllen, aber es gibt keinen Vergleich zwischen ihr und den Leichnamen der 2. und 24-Internationalen.

Die Massen fordern die einheitliche Kampffront!

Forderung eines Betriebsrätekongresses für Berlin und Brandenburg.

Mißtrauensvotum gegen den Amsterdamer Pakt.
Die am Freitag, den 19. August, tagende Vertrauensmännerkonferenz des Berlinerwerkes vom Siemens-Konzern, die von circa 20 Vertrauensleuten aller Parteirichtungen besucht war, faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale ist aufzufordern, unverzüglich einen

Betriebsrätekongreß für Berlin und Brandenburg einzuberufen.

Als Tagesordnung für diesen Kongreß schlägt der Arbeiterrat folgende Punkte vor:

1. Welche Maßnahmen sind zur Durchführung der zehn Punkte des ADGB zu ergreifen?
2. Wie sind die Löhne der Arbeiterschaft den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung anzupassen?
3. Stellungnahme zu den Steuervorlagen des Reichstages mit deren unheilvolle Wirkung für das arbeitende Proletariat.
4. Welche Stellung hat der Betriebsrat in der Produktionskontrolle einzunehmen?
5. Stellungnahme zum Belagerungszustand, zur Freilassung der politischen Gefangenen aller Richtungen.
6. Stellungnahme zu den offenen gegenrevolutionären Verbänden Orgesch usw.

Außerdem wurde auf der Konferenz dem Generalbevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ziska, ein scharfes Mißtrauensvotum ausgesprochen durch Annahme folgender Resolution gegen nur drei Stimmen:

Die Vertrauensmännerkonferenz des Berlinerwerkes verwirft die Taktik des Kollegen Ziska im Falle des Charlottenburger Werks (Transportarbeiter) auf das allerschärfste und erhebt dagegen den nachdrücklichsten Protest.

Die Direktion des Charlottenburger Werks hatte beabsichtigt die Transportarbeiter gezwungen, numerierte Binden anzulegen. Der Betriebsrat hatte dagegen protestiert, durch das zweideutige und energielose Verhalten Ziskas wurde es der Direktion möglich gemacht, die verschärfte Kontrolle durchzusetzen. Die gesamte Arbeiterschaft des Siemens-Konzerns ist darüber außerordentlich empört. Wie weit in die Reihen der rechtssozialistischen Arbeiter hinein wird die Stellungnahme der Vertreter des Metallarbeiterverbandes scharf kritisiert. Das ausgesprochene Mißtrauensvotum beweist, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit eintritt, wobei die Amsterdamer Methoden führen und daß sie beginnt, ihnen ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Berliner Bauarbeiter für die proletarische Einheitsfront.

Die am 13. August versammelten Bauarbeiter des Reichshauses der Reichsversicherungsanstalt zu Berlin-Wilmersdorf beantragen den Betriebsrat, daß er im Interesse der Arbeiter von der in Frage kommenden Betriebsrätezentrale die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses fordert. Die Kollegen stellen dem Betriebsrat anheim, auf dem Kongreß mit aller Schärfe und Deutlichkeit auf die immer mehr einsetzende wirtschaftliche Verelendung hinzuweisen und aus diesem Grunde den Kampf für folgende Forderungen aufzunehmen:

1. Sofortige Bildung der Einheitsfront,
2. Kampf gegen die neue Steuer,
3. Kampf gegen die neue Schlichtungsordnung,
4. die sofortige Durchführung der zehn Forderungen des ADGB.

Die versammelten Kollegen fordern, daß jeder Parteigänger zurückgestellt werden muß. Jede Partei soll durch die Tat beweisen, ob sie entschlossen ist, den Kampf zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu führen. Nur der gemeinsame Kampf wird die Arbeiterklasse vor weiterer Verelendung schützen. Nicht durch Nebenarten, sondern durch gemeinsames Handeln der Arbeiterklasse wird dieses Ziel erreicht. Alle versammelten Arbeiter geloben einstimmig, dem Aufruf zum Kampf sofort zu folgen.

Die Arbeiter der „Aga“-Südberg für die Einheitsfront.

Eine Betriebsversammlung der Firma „Aga“, Südberg, am 17. August, nahm nach einem Referat des Betriebskommissars, Kollegen Bäcker, folgende Resolution an:

Die Betriebsversammlung protestiert gegen die Verteuerung aller Lebensmittel, insbesondere des Brotes sowie gegen jede Zuerkennung der Arbeiterklasse, besonders gegen jede neue indirekte Steuer. Die Belegschaft ist bereit, gegen diese Maßnahmen zu kämpfen.

Die Versammelten fordern den ADGB auf, sofort den Verelendungstendenzen entgegenzutreten durch rücksichtslose Anwendung der Macht der Gewerkschaften.

Sie fordern die sofortige Erfüllung der zehn Punkte des ADGB. Ferner fordern die Versammelten die Vertreter der Betriebskommission auf, sofort öffentliche Versammlungen einzuberufen.

Sie sind der Überzeugung, daß nur die Arbeiter, Angehörigen und Beamten in ihrer Gesamtheit in der Lage sind, die heutigen jämmerlichen Zustände zu ändern. Darum rufen wir die Arbeiter aller sozialistischen Parteien auf, eine Einheitsfront zum Kampfe gegen die Verelendungstendenzen des Unternehmertums zu bilden und ihre Führer zu zwingen, den Kampf für die Erziehung der Arbeiterklasse einheitlich und geschlossen anzuführen.

Der Reichsbetriebsräte-Kongreß ist sofort einzuberufen, um über das ganze Reich die kommende Arbeiterbewegung einheitlich zu gestalten.

Zur Kampfbahn haben sich die Kollegen der „Aga“ verpflichtet, 45 Mark im Monat zu zahlen.

Der Kampf in Mitteldeutschland.

Die mitteldeutsche Arbeiterbewegung, die noch den Märzkämpfen von der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten schamlos unterlag, ist lebendig und kämpft. In einer Massenversammlung, wie sie heute noch nicht gesehen hat, wurde das Unabhängigkeitsbewußtsein der Metallarbeiter, die sich mit einer erheblichen Mehrheit für den Streik erklärt hatten, mit förmlicher Begrüßung aufgenommen. Die Metallarbeiterbewegung beginnt aber weit über Halle hinauszuwirken. Die Arbeiter in Meißen und Bismarck haben sich einstimmig

beschlossen, sich dem Streik ihrer halleschen Kollegen anzuschließen. Die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie gebietet, sofort in einen Sympathiestreik zu treten, wenn die Metallindustriellen auf ihrem hartnäckigen Standpunkte verharren sollten. — Die Bewegung des gesamten Proletariats in Halle ist bereits so stark, daß sich selbst die jähmherigen christlichen Gewerkschaften nicht mehr entziehen können. Die christlichen Gemeindeführer und Straßenbahner Halles haben eine scharfe Protestresolution gegen die Verteuerung gefaßt und eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Stunde gefordert.

Die Hamburger Gewerkschaften und die Einheitsfront.

Unter dem Druck der ständig sich verschärfenden Verteuerung beginnen sich in allen Gegenden Deutschlands die Arbeiter gegen das drückende Joch der Not aufzubäumen. Überall verlangen sie stürmisch, daß die Lohnerhöhungen nicht mehr in kleinen Einzelschritten durchgeföhrt werden, sondern daß sich alle Arbeiterschichten auf breiter Front zu gemeinsamem Kampfe vereinigen. Dieser starke Wille zur Einigung ist ein gewaltiger revolutionärer Hebel und wenn der Massenwille der Arbeiter erfüllt wird, so ist es möglich, in großen Massenkämpfen die Lage des Proletariats zu verbessern.

Aus diesen Erwägungen richtete die R.A.P.D. Groß-Hamburg einen Offenen Brief an alle wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen und Parteien und forderte darin auf, zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzukommen, um Maßnahmen zu beraten für die Zusammenfassung aller bestehenden Lohnkämpfe, für die Erlämpfung einer gleichmäßigen prozentualen Erhöhung der Löhne für alle Arbeiterschichten und zur Veranlassung einer gemeinsamen Massendemonstration. Es ist unzweifelhaft, daß diese Anregung der Hamburger Parteioffiziere dem Wunsch und Willen aller Arbeiter, ganz gleich ob S.P.D., U.S.P.D. und Gewerkschaftler entsprach. Der Ortsausschuß des ADGB und des N.A.B. antwortete an die R.A.P.D. in einem zwei Spalten langen offenen Brief, indem er unter heftigsten Beschimpfungen auf die R.A.P.D. die Teilnahme an der Konferenz scharf ablehnte und zwar mit der Begründung, daß die Gewerkschaften ja sowieso alles tun, um den Arbeitern zu helfen. „Eine ganze Reihe von durchgeföhrt Lohnbewegungen beweisen es.“ Auch für die Steigerung der Reineinkommen und der Erwerbslosenunterstützung bleibt nach Angabe der Hamburger Gewerkschaftsführer nicht allzuviel zu tun übrig. Denn, wie sie sagen: „Die Gewerkschaften haben bereits ihren Einfluß bei den Verwaltungsbehörden im Reich und den Ländern, in den Gemeinden dahin benutzt, daß diese sich ihrer Pflicht gegenüber den Vorleiden bewußt sind.“ Darin haben die Hamburger Gewerkschaften recht, diese Behörden werden ihre Pflicht voll erfüllen; die Profite der Kapitalisten schützen.

Die Gewerkschaftsmitglieder werden die Sabotage der proletarischen Einheitsfront durch ihre Führer scharf verurteilen und dafür sorgen, daß diese in Zukunft den Willen der proletarischen Massen respektieren.

Die Lohnbewegung unter den Hamburger Hafenarbeitern.

(II.) Hamburg, 22. August.

Die Hafenarbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 12 Mark täglich gefordert. Der Hafenbetriebsverein lehnte die Forderung ab. Der Schlichtungsausschuß gestand den Tagesarbeitern einen außerordentlichen Lohnerhöhungszuschlag von 6 Mark pro Tag zu, während den Alfordarbeitern ein Zuschlag von zehn Prozent zugesprochen wurde. Bei jugendlichen Arbeitern soll der Lohn um 3 Mark erhöht werden. Die Betriebsräte und Vertrauensleute des Transportarbeiterverbandes nahmen zu dem Schiedsspruch Stellung und beschloßen einstimmig, ihn abzulehnen, und zwar weil der Lohnerhöhungszuschlag ungenügend sei und alle übrigen Forderungen betreffend Ueberstunden usw., überhaupt nicht berücksichtigt worden seien.

Der Kampf der Danziger Arbeiter.

Das Vorgehen des Danziger Senats gegen die Arbeiterschaft und die einmütige Abwehr dieser reaktionären Vorstöße durch das gesamte Proletariat beginnt sich nunmehr weiter auszuweiten. Die Direktion der Danziger Werft erläßt eine Verlautbarung, wonach den Arbeitern unter Androhung strenger Strafen (Enthaltung) verboten wird, die Arbeiterschaft durch Reden und Verammlungen auf der Werft in der Frühmorgenspause oder vor Beginn der Arbeit zu „verunsichern“. Die Arbeiterschaft wird sich dieses provokatorische Vorgehen nicht gefallen lassen.

Auch die Danziger Eisenbahner stehen bereits in einer Lohnbewegung. Sie verlangen eine Zulage von 2,25 M. pro Stunde. In einer Sitzung des Transportarbeiterverbandes wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, sofort in eine Lohnbewegung zu treten und 7 bis 30 Prozent Lohnerhöhung zu fordern.

Streik der Industriearbeiter in Nordenham.

Durch einen Schiedsspruch waren den Industriearbeitern in Nordenham 40 und 60 Pfennige Lohnerhöhung zugesprochen worden. Die Arbeiter erklärten sich nicht damit einverstanden und am 17. August traten die Arbeiter der Hüttenwerkgesellschaften in den Ausstand. Einen Tag später beschloßen alle auf den übrigen Betrieben beschäftigten Arbeiter ebenfalls in den Streik zu treten.

Das württembergische Proletariat eilt sich zum Kampf.

Auf die Forderung der württembergischen Metallarbeiter nach Lohnerhöhung haben die Unternehmer geantwortet, daß sie vorläufig nicht verhandeln wollen. Der Versuch der Metallindustriellen, trotz der steigenden Verteuerung diese Verhandlungen hinauszuschieben, hat bei der württembergischen Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen. Die Arbeiter haben die Verabsichtigung des V.R. dazu gedrängt, am 17. August eine Kampfabendversammlung einzuberufen, die zu der Aufgabe der Unterzeichner Stellung nahm. Einmütig wohnt man dem Standpunkt ein, daß der Kampf unvermeidlich sei, wenn den Forderungen der Kollegen nicht Rechnung getragen wird.

Zusätzlich greift die Bewegung im württembergischen Proletariat, die fürwählig die Herbeiführung einer Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft verlangt, immer weiter um sich. In vielen Orten wurden Resolutionen angenommen, die als erstes Schritt zu diesem Ziel die Einberufung eines württembergischen Betriebsrätekongresses fordern. Auch die Göttinger Betriebsräte haben sich nunmehr in diese Front eingereiht. Sie fordern die sofortige Einberufung von Betriebsräte-

kongressen für Württemberg sowie das ganze Reich zur Herstellung einer Einheitsfront. Gerade in Württemberg wächst diese Bewegung, die getragen ist von dem Willen der Arbeiter aller Parteien, unaufhaltsam. In dem Proletariat der übrigen Wirtschaftskreise Deutschlands wird es liegen, dem Beispiel der württembergischen Massenangehörigen zu folgen.

Die Münchener Gewerkschaften für die Einheitsfront und für die Durchführung der 10 Forderungen.

Eine Vollversammlung des Münchener Gewerkschaftsvereins nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Entschliebung: Der Zusammenbruch der Zwangswirtschaft hat zu neuen, unerhörten Preissteigerungen aller notwendigen Lebensmittel für die breitesten Volksschichten geführt. Die wichtigsten Lebensmittel wie Brot, Milch, Butter, Käse usw. werden gerade für die arbeitsreichen Familien unerträglich.

Neben dieser ungeheuren Verteuerung des täglichen Brotes werden der neue Steuerentwurf, der beabsichtigte Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung notwendigerweise zur vollständigen Verelendung der Arbeitnehmerschaft führen. Gegen diese drohenden Gefahren gilt es, sich unverzüglich zur Wehr zu setzen, nachdem die Regierungen diesem schamlosen Treiben tatenlos gegenüberstehen.

Während die Unternehmer und Produzenten für ihre Waren den Gegenwert in Goldmark verlangen und auch erhalten, sind die Arbeiter und Konsumenten die Empfänger der Papiermark. Dem Ruf nach Weltmarktpreisen wird die Forderung nach Weltmarktpreisen gegenübergestellt. Die Gewerkschaften fordern in erster Linie Anpassung der Löhne an die Preise. Es sind deshalb unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um den Kampf zur Erreichung von Lohn-erhöhungen einzuleiten.

In der Erwägung jedoch, daß diese Lohnbewegungen als vorläufige Maßnahmen nicht geeignet sind, der weiteren Verelendung der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, fordern die Versammelten, daß der Kampf für die Durchführung der grundsätzlichen Forderungen des ADGB, von sämtlichen deutschen Arbeitnehmerorganisationen unverzüglich mit aller Entschlossenheit aufgenommen wird.“

Das Remscheider Proletariat für eine einheitliche Lohnbewegung.

In einer Sitzung der Remscheider Gewerkschaften wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der folgende Forderungen aufgestellt sind:

1. Sofortige Erfüllung der 10 Punkte des ADGB, mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln.
2. Einleitung einer einheitlichen Lohnbewegung für eine 50 prozentige Lohnerhöhung über das ganze Reich.
3. Sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses.

Die Versammlung verlangt vom Vorstand des ADGB, daß endlich und unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um der Verteuerung ernsthaft Einhalt zu gebieten und sie zu markieren, daß die Ortsausschüsse des ADGB, im Industriegebiet zu obigen Forderungen sofort Stellung nehmen und für die energische Durchführung sorgen werden.

Dem Drängen der Arbeitermassen auf Herstellung einer Einheitsfront und einheitliche Durchführung der Lohnbewegung wird sich der ADGB nicht länger verschließen können. Es gilt, überall die Arbeiter anzurufen und sie ohne Unterschied der Parteien zu sammeln für die Durchführung ihrer eigenen Interessen.

Streiks in Göttingen.

Nachdem die Unternehmer die Lohnforderungen der Arbeiterschaft abgelehnt hatten, traten in Göttingen sämtliche Metallarbeiter in den Streik. Außerdem steht ein Streik der Textilarbeiter unmittelbar bevor.

Der Kampf für die Einheitsfront.

Der oberhessische Betriebsrätekongreß durchgeföhrt.

Auf das Drängen aller Arbeiter haben die deutschen und polnischen Gewerkschaften nunmehr den Wunsch ausgesprochen, einen gemeinsamen Betriebsrätekongreß für Oberhessen einzuberufen. Die Erzielung dieses Kongresses ist ein Sieg der kampfbereiten Solidarität der oberhessischen Arbeiter.

Die Freie Arbeiterunion in Geldenkirchen hat sich an den Bergarbeiterverband gewandt mit der Aufforderung, zu einem allgemeinen Betriebsrätekongreß zusammenzutreten, um die einheitliche Führung der bevorstehenden Lohnkämpfe zu sichern.

In einer Münchener Betriebsräteversammlung wurde klar Stellung genommen gegen den Preiswucher. Es wurde beschloßen eine gemeinsame Demonstration gegen die Verteuerung und die passive Resistenz der bayerischen Regierung zu veranstalten.

In Dortmund haben die Metallindustriellen die Forderungen der Metallarbeiter abgelehnt. Wenn nicht noch in letzter Stunde die Unternehmer nachgeben, werden die Metallarbeiter in den Streik treten.

In Bremen sind die Schneider in den Streik getreten.

In Oldenburg sind die Arbeiter der holländischen Betriebe im Streik.

In Mannheim streifen die Mühlenarbeiter.

In Stuttgart wurden die Friseurgehilfen ausgesperrt.

Die Berlin-Burger Eisenwerke in Burg bei Magdeburg haben ihre Belegschaft ausgesperrt.

Beginn der Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Das Reichsfinanzministerium hat die Vertreter der Großorganisation der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu einer Verhandlung über die Vorschläge zur Aufbesserung der Bezüge auf Montag, den 22. August, vormittags, eingeladen. Wenn der V.R. und der Deutsche Verkehrsband dabei den gleichen Standpunkt einnehmen wie bei den Verhandlungen mit der Beamtenorganisation, so wird das Ergebnis für die Arbeiterschaft ein höchst ungünstiges sein. Die Aufgabe der Reichsgewerkschaften der Gewerkschaftsorganisationen im Reich ist es, hinter die Verhandlungen den nötigen Druck zu setzen, indem sie ohne Unterschied der Parteigränzen sich zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen die Ko. zusammenschließen.

Oberschlesischer Waffenstillstand.

Die letzte Zeit ist es im deutschen Wälderwald, sogar ganz rechts, etwas still von den sonst so beliebten polnischen Greuelmärschen geworden, denn — es geht jetzt an den Wiederaufbau, d. h. so, wie ihn die Kapitalisten auffassen. Ein großer Teil der Aktien überschlesischer Werke sind in französische und englische Hand übergegangen, so von der Bismarckhütte, Donnersmarkgrube u. a. Die englische und französische Bourgeoisie und ihre deutschen und polnischen Vasallen gehen an die verstärkte Ausbeutung ihrer Lohnsklaven heran. Für die Unternehmer bedeutet das erhöhte Verdienst und weitere Verschleuderung der überschlesischen, deutschen und polnischen Industrie an das Auslandskapital. Schon in Friedenszeiten war das überschlesische mit dem Weltkapital auf das innigste verknüpft. Nur nutzte damals das überschlesische Magnatenium die Reichthümer seines Landes und seiner internationalen Beziehungen aus, um die Kosten der großen ausländischen Käufer, Englands, Frankreichs, Russlands usw., auszudehnen und so ständig die Gefahren imperialistischer Verwicklungen heraufzubeschwören. Heute hingegen bedeutet die internationale Verknüpfung der überschlesischen Industrie mit fremdem Kapital die restlose Unterjochung Überschlesiens an die Entente und die Verschacherung des überschlesischen Proletariats als internationalen Lohnbrüders an die Entente. Die verräterischen deutschen und polnischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die bisher so kriegerisch auftraten, und die Arbeiter einander die Köpfe einschlagen ließ, haben mit gutem Instinkt sofort den Umschlag der Konjunktur begriffen. Und so rufen sie den Arbeitern zu, verschönt auch — schuftet weiter, mehr und billiger für die Kapitalisten. Denn ihr Sträuben gegen den Betriebsrätekongress, den sie durch Leitkonferenzen überflüssig und unnützlich zu machen suchten, ist nichts anderes als eine bewusste Sabotage gegen drohenden Lohnabbau, die kommenden Steuerlasten und die sich bildende Einheitsfront des polnischen und deutschen, wie des französischen und englischen Kapitals in Oberschlesien.

Nicht nur die Germania, sondern sogar der bairische Kurrier nimmt sich warm der Bestrebungen dieser Arbeiterverräter an. Daß es sich tatsächlich nicht um eine Zusammenfassung des überschlesischen Proletariats zum Klassenkampf handelt, sondern um einen elenden Verrat, geht aus dem Aufruf der zentralen Ausschüsse der deutschen und polnischen Gewerkschaften hervor. Erkens sollen die wirtschaftspolitischen Gegensätze, d. h. die Gegensätze zwischen deutschem Unternehmertum und polnischem Proletariat beseitigt werden. Zweitens sollen die Beamten und Lehrer ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, d. h. in der Hauptsache nicht Klassenbewußte, ehrliche proletarische Beamte, sondern Beamte, die gerade wegen ihres nationalstiftischen, schätzenswerten, bürokratischen Aufstiegs bei allen Arbeitern verhaßt sind. Die wachsenden Einigungsbestrebungen des überschlesischen Proletariats geben uns eine Gewähr dafür, daß die dunklen Mächtschaften der Sozialverräter keinen Erfolg haben werden.

Die Entente verbietet die Anghandhilfe.

Das überschlesische Proletariat, bisher in ein deutsches und in ein polnisches Lager gespalten, wird jetzt gerade durch das russische Hilfswort zu proletarischer Solidarität zusammengeführt. In Opatowitz haben das Ortskartell der Gewerkschaften und die drei sozialistischen Parteien gemeinsam eine Sammlung zur Unterstützung unserer russischen Brüder eingeleitet. Besonders in den südlichen, mehr polnischen Gebieten Oberschlesiens wird die Unterstützung eifrig betrieben. Die Bourgeoisie Deutschlands und Polens und die Behörden der Entente haben einen guten Nieser für alle Gefahren, die der Bourgeoisie drohen. Aus Oberschlesien, das ein Aufmarschgebiet der Konterrevolution der Welt gegen Sowjetrußland werden soll, droht die Brücke der russischen Revolution zu werden. So haben die Gemeinbewachen in Beuthen, Eigenau und Vornigwert die Sammelstellen unserer Genossen für die Fußlandhilfe beschlagnahmt und ihnen das weitere Sammeln verboten. Die internationalisierte Kommission als zuständige Behörde ist verantwortlich für diese Vorfälle. Sie können nur mit ihrer offenen oder stillschweigenden Duldung geschehen sein. In den Gemeinbewachen sind Vertreter der polnischen sozialistischen Partei. Billigen sie dieses Vorgehen ihrer reaktionären „Kollegen“, billigen die deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterpartei, die soeben erst einen Waffenstillstand (denn Frieden kann man es kaum nennen) mit ihnen beschloffen haben, diese Vorfälle? Hier entpuppt sich so recht das „gute Herz“ der Kapitalisten und ihrer sozialverräterischen Schlepptreuer. Die Vorfälle werden helfen das überschlesische Proletariat von der Illusion zu befreien, als ob die Unterstützung unserer russischen Brüder ein Werk pazifistischer Humanitätsbuzel sei und nicht eine Pflicht proletarischer Solidarität, die nur mit dem Klassenkampf erfüllt werden kann.

Neue Opfer der Profitgier.

Zehn Arbeiter und zwei Beamte durch Schlagwetterexplosion schwer verbrannt.

Essen, den 22. August.

Bei der Schichtarbeit ereignete sich auf Schacht Helene der Gewerkschaft der Steinsohlen-Bergwerksgesellschaft Vereinigte Helene-Amalie am Sonnabend in einem Stapel ein Unglücksfall, bei dem zehn Arbeiter und zwei Beamte mehr oder minder schwere Verbrennungen erlitten. Die Ursache der Verbrennungen, ob sie infolge direkter Wirkung durch die Schichtarbeit oder infolge einer kleinen Schlagwetterauslösung erfolgten, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Wir erfahren weiter dazu: In der Brennstammer eines Windrades wurde unter Aufsicht zweier Grubenbeamten eine beschädigte Gaspeilscheibe gesprengt. Durch die hierbei von zwei Schülfern hervorgerufene Schlagflamme erlitten die beiden Beamten und zehn im Anschlag befindliche Bergleute zum Teil erhebliche Verbrennungen. Eine Kohlenhaubergexplosion ist ausgeschlossen. Schlagwetter konnten an der Unfallstelle weder sofort, noch zwölf Stunden später festgestellt werden. Von den zwölf Verletzten sind bisher zwei Personen gestorben. Nachträglich sind noch zwei Mann der Rettungsmannschaft leicht an Rauchvergiftung erkrankt.

Q. von einem neuen Grubenunglück auf der Stinnes-Jesse Bienenfeldbank. Ungezählt sind die Opfer an Leben und Gesundheit, die das Proletariat der unerlässlichen Profitgier der Gruben-Magnaten schon bringen mußte. Täglich kommen neue hinzu. Die bürgerliche Presse, deren Jubelstürze die Kapitalisten...

Die internationale Streitwelle.

Generalkstreik der Eisenbahner in Westpolen.

Danzig, 22. August.

Seit heute früh streiken die Eisenbahner in den ehemals preussischen Teilgebieten der Republik Polen. Der Eisenbahnverkehr ist so gut wie vollständig unterbunden. Der polnische Eisenbahnverwaltung versucht, den Verkehr der Transit- und Fernzüge von Ostpreußen nach dem Deutschen Reich durch den Korridor aufrechtzuerhalten. Der Eisenbahnverkehr innerhalb des Danziger Gebietes ist, soweit er sich auf die Lokal- und Vorortzüge erstreckt, ungekört, dagegen ist der Güterverkehr vollkommen unterbunden. Der Streik, an dem die drei Eisenbahnverbände Westpolens beteiligt sind, ist ausgebrochen, weil die polnische Regierung die Forderungen der Eisenbahner nicht erfüllt hat. Heute vormittag haben Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den drei Verbänden eingesetzt, um die schnelle Weberaufnahme des Eisenbahnbetriebes zu erreichen.

Sympathiestreik der Post- und Transportarbeiter?

(U.) Bromberg, 22. August.

Die drei Eisenbahnverbände Westpolens planten am 22. d. M., 6 Uhr morgens, in den Streik zu treten, da ihre Forderungen vom Ministerium nicht erfüllt werden. Der Beschluß ist heute zur Tatsache geworden. Seit 6 Uhr früh ist der Eisenbahnverkehr in Polen und Rumänien eingestellt. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um den Verkehr möglichst aufrechtzuerhalten. Gegenwärtig finden Versammlungen der Postbeamten und Transportarbeiter statt, um in den Sympathiestreik einzutreten.

Selbsthilfe polnischer Arbeiter.

(U.) Posen, 22. August.

In der Stadt Reken (Pobitz) haben die Ortsbehörden jeden Einfluß verloren. Die Stadt wird von der Arbeiterschaft regiert, deren Weisungen von den Behörden befolgt werden müssen. Alle Marktprodukte werden konfisziert, die Viehtransporte angehalten und das Fleisch zu den von den Arbeitern festgesetzten Preisen verkauft. Warentransporte nach Posen müssen ausgeladen werden, die Waren werden auf der Stelle verkauft. In Pelsin (ehem. Westpreußen) wurde ein Transport von 270 Stück Vieh von den Arbeitern der Pilsener Zuderfabrik angehalten. Das Vieh wurde unter die Arbeiter verteilt. Es handelte sich um einen staatlichen Transport für das Wilnaer Gebiet und für Galizien.

Die Streikbewegung in Warschau.

(U.) Warschau, 22. August.

In Warschau dauert der Streik der Metallarbeiter und der Angestellten der Vorortbahn an. Der Kleinbahn-Angestelltenstreik wirkt ungünstig auf die Verpflegung der Stadt. Seit Sonntag früh streiken auch die Straßenbahner in Warschau. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 30 Prozent. In ähnlichen Kreisen trägt man sich mit dem Gedanken einer Verstaatlichung der Kleinbahnen, die einer Aktiengesellschaft gehören.

Streik in den Militärwerkstätten Lembergs.

In den Militärwerkstätten Lembergs brach ein Streik der Arbeiter aus, die eine Lohnerhöhung um 150 Prozent und überdies die Auszahlung einer einmaligen Zuwendung in der Höhe eines Monatsgehälts fordern.

Ausdehnung des Streiks in Nordfrankreich.

(G.) Lille, 22. August 1921.

Der Streik der Textilarbeiter in Tourcoing und Roubaix hat bisher keine Veränderung erlitten. Für heute werden große Demonstrationen in Tourcoing, Roubaix und Lannoy erwartet. Es ist möglich, daß sich die Transportarbeiter dem Streik anschließen, um die Forderungen der Textilarbeiter zu unterstützen. Gestern fand in Lille eine große Versammlung statt. Es wurde die Solidarität der Transportarbeiter mit den Textilarbeitern...

gewaltigen sind, und vor allem das Stinnesbüro „I. U.“ ist sofort bemüht, wie auch dieser Fall zeigt, die Bergwerksverwaltung reinzuwaschen. „Kohlenstaub- oder Schlagwetterexplosion ist ausgeschlossen. Es konnte nichts davon festgestellt werden“ meldet die bürgerliche Telegraphen-Agentur, ohne daß bisher überhaupt eine Untersuchung vorgenommen wurde. Wir fordern die restlose Aufklärung dieses Unglücks durch ein von der Belegschaft eingesehene Kommission und schärfste Bestrafung der Schuldigen, damit endlich einmal den Versuch der Grubenbarone, die an sich schon geringfügigen Schutzvorschriften im Bergbau zu sabotieren, ein Niesel vorgeschoben wird.

Klante, Köhn & Co.

Die Ebertrepublik ist um eine Komödie reicher. In den letzten Wochen ist durch den Wälderwald der gesamten bürgerlichen Presse eine ganze Serie von Leitartikeln und Sensationsberichten gekehrt worden, den Zusammenbruch der sogenannten Sportbanken und Konzerne betreffend. Damit sind die Augen der Öffentlichkeit auf eine neue Erscheinung des deutschen Kapitalismus gelenkt worden, an der auch die Kommunisten nicht vorbeigehen können. Es hilft nicht, die Augen dagegen zu verschließen, daß auch breite Kreise der Arbeiterschaft diesen Sportbanken nachgelaufen sind, ihnen ihre erwarteten Piennige zugetragen haben und damit diese Korruptionsercheinung unterstützt und zur höchsten Blüte gebracht haben. Soziologisch ist die Erscheinung der Sportbanken eine sehr interessante. Nach dem Kriege sind die Rennbahnen in der Genuß der großen Massen bedeutend gestiegen. Die Umsätze am Totalisator der Rennbahn sind um Millionen gestiegen. Das Ruchmacherwesen (das heimliche Wetten ohne Konzession des Staates) ist gewaltig gewachsen. Durch diese Entwicklung ernüchert, haben sich einige Elemente, vorübergehend vom Glück begünstigt, dazu aufgeschwungen, sogenannte Sportbanken zu gründen. Sie errichten in allen Stadtteilen Filialen, geben Anteile in jeder beliebigen Höhe heraus und verpflichten sich, innerhalb einer bestimmten Zeit das Geld verdoppelt wieder zurückzahlen. Mit dem eingeleigten Geld unternehmen diese Glückritter Wettoperationen auf den Rennbahnen. Wie solche Wettoperationen aussehen ist bekannt. Ein Pferd wird auf...

proklamiert. Der heutige Tag soll entscheiden, ob auch sie streiken werden.

Paris, 22. August.

Die „Matin“ mitteilt, haben die Transportarbeiter in Roubaix beschloffen, in den Solidaritätsstreik zu treten.

Weberstreik in Gent.

Gent, 20. August.

Die Arbeitnehmer der Webereien weigern sich, sich mit einer Herabsetzung der Löhne um 3 Prozent einverstanden zu erklären und sind heute in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 10 000.

Auch die französischen Bergarbeiter streiken.

Paris, 22. August.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Lille sind auch die Minenarbeiter, deren Löhne herabgesetzt werden sollten, in einen Abwehrstreik getreten.

Eine neue Niederlage der Amsterdamer in Frankreich.

Paris, 22. August.

In Marseille fand gestern der Kongreß der Arbeiter-Syndikate des Departements Bouches-du-Rhône statt. Eine Tagesordnung der Anhänger der Mehrheitsrichtung wurde abgelehnt und eine Tagesordnung der Minderheitsrichtung mit 51 gegen 20 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Die Syndikatsvertreter der Mehrheitsrichtung verließen darauf den Kongreß.

Der englische Bergarbeiterkongreß für Nationalisierung der Eisenbahnen.

London, 19. August.

Die Konferenz der Bergarbeiter nahm einstimmig eine Entschließung an, daß der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes aufgefordert werde, auf die Nationalisierung des Grund und Bodens und der Eisenbahnen zu dringen und sich zu diesem Zweck die Unterstützung aller Arbeiter des Landes zu sichern. Bei der Einbringung dieser Entschließung erklärte der Antragsteller, wenn die Arbeiterpartei zur Nationalisierung in ihrem Programm entschlossen sei, würde sie dadurch die Arbeiter des Landes wie nie zuvor einigen.

Forderungen der englischen Bergarbeiter.

London, 19. August.

Die Konferenz des englischen Bergarbeiterverbandes faßte mehrere Resolutionen, von denen eine die 30tägige Arbeitswoche, jährliche Ferien von 14 Tagen, kostenfreie Badeeinrichtungen sowie Pensionierung von 60. Lebensjahr an mit einem Pfund Sterling wöchentlich Pension fordert.

Streikbewegung und Massenentlassung der Arbeiter in Budapest.

Budapest, 21. August.

450 Arbeiter, die auf der Holzbearbeitungsstelle der Flugmaschinenfabrik in Albertfalva gearbeitet hatten, stellten die Arbeit ein, weil die Direktion bezüglich der Aufhebung der Lohnreduktionen in keine Verhandlungen treten wollte. Hierauf schloß die Direktion sämtliche Arbeiter (über 1000) der Fabrik aus und stellte den Betrieb ein.

Die ungarischen Kapitalisten bereiten sich auf der ganzen Linie zu einer Lohnreduktionsoffensive vor, die das Elend der Arbeiterschaft ins Unerträgliche steigern würde. Dem Streik in Albertfalva werden wahrscheinlich andere Ausfälle folgen.

Die Forderungen der Arbeiter liegen auf die Aufhebung der Lohnreduktion im Monat Mai hinaus, die 15 bis 20 Prozent der Löhne betragen. Demgegenüber sind die Preise der Lebensmittel seit Mai 1921 in Budapest um 60 bis 80 Prozent, der Preis des Wehles im Freihandel um 7 bis 800 Prozent, der Mietzins um 100 Prozent gestiegen.

der Rennbahn einigemal hinterher geritten und, wenn es drauf und dran ist, wenn der „Coup“ gelandet werden soll, zeigt das Pferd plötzlich überaus feines Können und gewinnt mit ungezählten Längen, wobei es natürlich, da die große Menge das Pferd für einen schlechten Renner hielt, für die „Eingeweihten“ viel zu gewinnen gibt. Mit solchen „Coups“ operieren die Sportbanken. Um selbst in die Ereignisse einzugreifen, schaffen sie sich ganze Rennställe von 20 und mehr Pferden an.

Wie selbstverständlich ist, müssen die Konzerne über kurz oder lang zusammenbrechen. Die Schiebungen kreuzen sich häufig, Pferde sind keine Maschinen und ein Schieber ist immer klüger als der andere. So sind in den letzten Tagen und Wochen die Sportkonzerne Wiedermann, Köhn und Arthur Müller zusammengebrochen. Dabei hat sich herausgestellt, daß in diesen Konzernen Hunderte von Millionen Gelder eingelegt waren. Klante hält sich noch. Klante ist der König der Konzernleiter. Er gibt eine eigene Zeitung heraus, kauft Cafés und Vikorfabrikten. Klante fährt im Reichs umher und hält öffentliche Versammlungen ab. Am Sonntag sprach er in Berlin im Zirkus Busch vor Tausenden seiner Freunde. Klante sprach über eine Stunde lang, denn es geht um seinen Hals. Wenn es ihm nicht gelingt, seine Gläubiger von der Kündigung ihrer Anteile fernzuhalten, dann ist er ein geschlaocener Mann. Er gibt er sich jetzt als Volksbeglückter. Im Zirkus Busch sagte er, sein Betrieb wäre der Anfang der Sozialisierung. Zum Schluß hängten ihm seine Anhänger drei Lorbeerkränze um den Hals.

Finanziert wird die ganze Angelegenheit von der Deutschbolschischen Bank, die besonders Vertrauen für das Köhn-Konzern hatte. Damit ist gleichzeitig gezeigt, welcher Art die Konzernmenschen sind. Es sind die Strauchritter des modernen Kapitalismus. Das Proletariat muß dafür sorgen, daß aus seinen Reichen diesen Elementen kein Zuwachs kommt. Es muß Achtung darauf geben, daß die in den Konzernen konzentrierten Millionenbeträge mit größter Beschleunigung in Gemeineigentum übergeführt werden. Die Ebertrepublik unternimmt nichts gegen die Konzerne. Unter der Ebertrepublik ist das Ruchmacherwesen in Deutschland groß und stark geworden. Heinrich Ellarz spielt eine führende Rolle in den Konzernen. In der kommunistischen Ebertrepublik werden die Rennbahnen zu Gemüsegärten und Kinderspielplätzen gemacht werden und die Köhn und Klante werden Gelegenheitsarbeiter auf diesem Gebiet zu „adern“.

Breslauer Nachrichten.

„Ruhe und Ordnung“.

Der „Volkswacht“ stellt die Angst vor einer Erhebung so in den Vordergrund, daß sie bei jeder Gelegenheit den Popanz der verlorebenen Materiephilen Bären und Löwen an die Wand malt. Den Arbeitern, die mehr und mehr auch bei den Sozialdemokraten einsehen, daß diese kapitalistische Mißwirtschaft, die ruhig zuläßt, daß Millionen Arbeiter vom Hunger bedrückt werden, mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen ist, malen sie als Ergebnis eines zu schwachen Vorgehens gegen die Teuerung und die neuen Steuern, das Gespenst des Bolschewismus an die Wand. In der Bekämpfung des Bolschewismus übertreffen die Vorkämpfer noch die Herren von der „Deutschen Tagespost“, obwohl sie ihren Argumenten und Angriffen ein wissenschaftliches Mängelchen anzuhängen belieben. Die Hungernöte, die auf Grund der Miskerte, auf Grund dessen, daß Rußland in 3 Jahren Krieg und in 4 Jahren Revolution keine Pflüge, keine Maschinen, keine Düngemittel ins Land bekam, weil das kapitalistische Geschlecht aller Länder mit Unterstützung der Sozialpatrioten Rußland blockierten, elementare Nöte angenommen hat, ist die Schuld der Bolschewisten — und — wenn Deutschlands Arbeiter auf Grund der ja auch von den Sozialdemokraten erkannten Not zu unüberlegten, gewalttätigen Mitteln greifen wird auch Deutschland zu einem Chaos werden — (als ob es möglich wäre, das kapitalistische Chaos zu überretzen).

In zwei Artikeln ein und derselben Nummer registriert die „Volkswacht“ die Not und das Elend. Entwertung der Mark, — kolossale Stöße an den Wärsen in Industriepapieren —, Steigen der Getreidepreise auf 1500 M. pro Tonne über Weltmarktpreis usw.

Aber keinen Ausweg. Ein Streit darüber, ob es „besser“ war unter den sozialdemokratischen Ministern, oder unter den bürgerlichen, ein Streit, war die Zwangswirtschaft zuerst abgebaut hat.

Die richtige Feiglinge setzen sie über sich dauernd hängen das Familienbüchlein der Emmentaler, in jeder Ecke einen Franzosen und Engländer, sofort bereit, in Deutschland einzumarschieren. Erfüllung des Ultimatum um jeden Preis. Um den Preis, daß die Nationalisten der Emmentaler und ihre deutschen Zwischenmeister sich ungehindert die Taschen füllen, um den Preis, daß der deutsche Arbeiter seine Bedürfnisse noch um 100 Prozent schmerzen soll.

Dem was bedroht das Gewinnsziel der Volkswacht — Arbeiter macht keinen Lärm, läßt sich zu keinen Ungehörigkeiten hinreißen —, anders, als ein Einnehmen der neuen Steuern. Gewinn, die Regierung der Demut und Liebe, die Regierung Reich-Ratzenau-Gradnauer wird ihren Beamten und Arbeitern eine Mark mehr geben und den Unternehmern das gleiche entziehen. Sie wird dies auch erst nach wochenlangen Verhandlungen tun. Die Sozialdemokraten werden sich das Geleit der Wärsen und Genossen zu Sorgen nehmen, werden erkennen die Absicht der Wärsen, daß alle an der Last des deutschen Vaterlandes tragen müssen. Aber den Arbeitern wird nicht gehandelt sein. Sie werden mit Entschiedenheit merken, daß sie trotz gefestigter Lehne viel weniger kaufen können, daß sie wieder einmal durch monatelanges Verhandeln betrogen sind.

Wenn — die Arbeiter auf die Volkswacht hören. Und mir hoffen, daß sie dies nicht tun. Im ganzen Reiche redet sich der Riese Proletariat und macht sich bereit, diesmal entschlossener sich zur Wehre zu setzen als je. Die Arbeiter erkennen, daß der Vorstoß „Ruhe und Ordnung“ immer noch und immer mehr bedroht Hunger und Elend, daß das Proletariat jetzt genug geburgert hat, daß es jetzt endlich alle in geschlossener Kampf anzugreifen und abzurufen den neuen schweren Ausbeutungsmodus der Kapitalisten.

In allen Teilen des Reiches formiert sich das Proletariat zum Kampfe. Fröhlich schon die Wärsen, in die ihn Arbeiterbewegung, Partei und Lohnkämpfer, Schlichtungsausschüsse geleitet haben und erkennen, daß nur die härtesten Mittel, damit, daß sich das Proletariat formiert zum einheitlichen Kampf zum Klassenkampf, das das das Nationalismus, wenn nicht endgültig abgeworfen, so doch etwas erleichtert wird.

Das schreckliche Chaos, emmitt vor den kräftigen Führer des Proletariats, die Produktionsmittel abzurufen auf die Seiten der Reichen, indem alle inneren Schranken anzuheben, die Produktionsmittel in die Hände des „Volkes“ anzuheben werden, und auch die Emmentaler werden erkennen, daß mit einem Deutschland der Arbeit durch die Arbeiter nicht zu sperren ist.

Jetzt ist, daß die Arbeiter Proletariat nicht folgt den Wünschen der Volkswacht, sondern daß es nachfolgt seinen Brüdern im Reiche.

Aus der Provinz.

Westfalen. Der Stimmzettel bringt Mitteilung. Am Mittwoch, den 17. August, fand in Westfalen eine öffentliche Versammlung der SPD. zum Thema war: „Entweder nach rechts oder nach links.“ Der Parteisekretär Meiner von der SPD, entwarf in einer leidenschaftlichen Ausführungen ein Bild der neuen Steuern. Vom dann zu dem Ergebnis, daß zu all den neuen Belastungen durch Steuern auch noch die Brot- und Kartoffelsteuern hinzukommen. Es fiel ihm gar nicht ein, zu untersuchen, auf welche Umstände diese Steuern zurückzuführen sind. Seine einzige Folgerung war die, daß der Reichstag eben bei dieser Zusammenkunft nicht arbeitsfähig sei und es würde wohl auf alle Fälle im November oder Dezember zu Neuwahlen kommen, bei welchen dann die Wähler entscheiden müßten, ob sie mit dem Kapital oder mit der Arbeiterklasse gehen wollen, und wenn dann der Stimmzettel-Dick errungen wäre, würden auch andere Verhältnisse eintreten. Gen. Hamann von der SPD trat dann in der freien Aussprache auf und unterzucht eingehend die neuen Steuern und speziell den Brot- und Kartoffelsteuer. Kritisierte dann scharf die Stimmzettellehre und kam zu dem Ergebnis, daß aus diesem Elend nur die Klassenkämpfe der Hand- und Arbeiterbewegung bringen könne. Der reiche Beifall, den Genosse Hamann erhielt, bewies wohl, daß die Versammlungsberechtigten den Weg, den die Kommunisten vorschlagen, für den besten halten, denn nach den Ausführungen des Referenten hatte die Mehrheit der Versammlung den Referenten beauftragt, der Referent, den Genosse Hamann zu widerlegen, was ihm indes nicht gelang, denn auch nach seinem Schlußwort herrschte einigszwischen Schweigen.

Frankfurt. Eine eigentümliche Teuerungsdemonstration bildete das letzte Gewerkschaftsmitglied ab. Am Sonntag, den 21. August, wurden auf Einladung des Sozialrates der 3000 Personen der Arbeitslosenabgeordnete Singer, der Westfälische Arbeiter, Vertreter von der SPD, und die Arbeiter der Schweißerei Frankfurt. Singer benutzte seine Rede, um die alte Forderung zu erneuern — die Bevölkerung um 4. Juni 1919 einen anderen Stimmzettel abzugeben hätte als bisher. Er sprach sich für ein „ja“ wie ja alle Sozialdemokraten, ein

„Nein“ für die Arbeiter, kennt ihre Nöte und die Berechtigung nach dem Vortritt auf Verbesserung. Aber erst, wenn die SPD, die Mehrheit im Parlament hat, sei die Möglichkeit, durch Beschlüsse aus den Kapitalisten und Junkern „ausländische“ nicht mehr wührende Menschen zu machen. Bis dahin Schulen, aufklären. Die anderen Redner mahnten zur Einigkeit und Ruhe. Man werde bei der Regierung (der Junker und Kapitalisten) vorstellig werden.

Am Sonntag mit Ruhe und Ordnung. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Handelt danach Arbeiter. Formiert euch, stellt euch ein, um mit den Mitteln des Klassenkampfes diese Periode der „Ruhe und Ordnung“ wegzufügen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Altwater. Am Donnerstag sprach im „Weißen Hof“ der Genosse Scholze-Berlin über die Auswirkungen des Friedensvertrages, des Ultimatum, der Teuerung und der zu zahlenden Steuern. Der Saal war dichtgedrängt voll, und lautlos lauteten wenigstens 700 Frauen und Männer den markanten Worten des Redners. Der Genosse Scholze schilderte unter Anwendung reichhaltigen Beweismaterials die geradezu schreckliche Lebenslage des Proletariats während des Krieges und der Epochen der Revolution. Die Kriegsgewinnler auf agrarischem und industriellem Gebiet sind abgelöst durch die über Leichen gehenden Revolutionsgewinnler. Trotzdem, daß es das Proletariat sei, die die Kriegsschäden wieder gutmachen müsse, zeige das Kapital durch seine Ausbeutung und Teuerungspolitik dem Proletariat gegenüber keine Einsicht, sondern feiere geradezu Orgien des Gewinns auf Kosten der Millionen Arbeitslosen, Invaliden, Witwen und Waisen. Die Arbeiter leben, selbst wenn sie voll arbeiten, unter dem Existenzminimum. Alle Schicksalsuntersuchungen wiesen ein erschreckendes Elend auf, die meisten Kinder seien tuberkulös oder stark unterernährt. Dieser Zustand weise auf eine intensiv vordringende Degeneration breiterer Schichten des Volkes hin. Die rechtssozialistische Regierung habe während dieser Zeit, die hinter uns liegt, weder im Reiche, noch in den Ländern von der Erkenntnis ausgehend eine Politik geführt, die diese Zustände hätte verhindern können. Im Gegenteil, man habe alle Rechte, die sich die Arbeiterklasse durch die Revolution erkämpft habe, aus Liebe zu den Kapitalisten und ihrer Offiziersmante ständig abgebaut. Roste, Heine, Schilde haben das verheerende kapitalistische Ausbeutungssystem nicht nur geschützt, sondern sie haben gegen hungernde Arbeiter, Kriegstrüppel und Winterkälte den Kampf mit blauen Bohnen geführt. In der Nationalversammlung, im Reichstag und im Landtag haben die Rechtssozialisten jede Forderung der Arbeiter und der Industriellen bewilligt, sogar für die Pfaffen haben sie im Landtag ungezählte Millionen gutgeschrieben. Die Epoche der Revolution hat den Unternehmern Millionen und Milliarden in den Schoß geworfen, und auf der anderen Seite durch diese Preissteigerung, die der Kapitalismus widerstandslos vornehmen konnte, zu dem Zustand geführt, daß nicht nur Arbeiterlos, sondern auch Millionen anderer Proletariat dem Hungertode geweiht sind. Jetzt soll allem die Krone aufgesetzt werden, indem kolossale Verteuerungen und neue Erhöhungen indirekter Steuern erfolgen werden. Ebenso steht es mit der Erhöhung von indirekten Steuern am Einkommen. Der Redner schloß eingehend die Auswirkungen der direkten und indirekten Steuern an der Preisbildung der Ware. Demgegenüber die Arbeiter neue Lohnforderungen stellen, so wird trotzdem die Last nicht leichter; denn es folge eine Verteuerung der Produkte und dadurch wiederum die Unmöglichkeit zu kaufen. Es werden große Produktionsströme in den Fabriksanlagen kommen, und auf dem Weltwirtschaftsmarkt wird wegen der hohen Preise niemand etwas kaufen. Der notwendige Abbau der Lebensmittelpreise wird durch die Offenheit der Wärsen sabotiert, und dadurch werde jeder gesunde Wirtschaftsgrundlage das Rückgrat gebrochen. Der Referent wies treffend nach, daß die besagte Klasse von der Teuerung und den erhöhten Steuern gar nicht getroffen werde, da auf Grund der Gelder, die dieser Klasse zur Verfügung stehen, sie leicht imstande sind, alles auf Vorrat zu kaufen, während der Proletariat von Anfang an bis zum Ende jede Erhöhung der Preise und der indirekten Steuern zu tragen habe. Eingehend besprach der Redner das Minimum der Entente und die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Erfüllung der aufgestellten Forderungen, die dieses Sondernurteil erbricht. So einmütig wie Steuer und Teuerung abgewehrt werden müßte, hätte auch das triviale Spiel der Entente den Widerstand der deutschen Arbeiterpolitik finden müssen. Es sei eben ein Fehler, daß man, obwohl erkannt habe, daß die Entente in heller Verzweiflung dieses Ultimatum stellte, demselben, ohne den geringsten Widerstand zu leisten, mit „treuer Erfüllung“ um den Preis der „Arbeit“ willen seine Unterschrift gegeben hätte. Die Entente hätte sich schwer gebüht, bei einem entschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse den schwachen Sp. auf dem sie saß, nicht abzugeben. Ihr Plan ist, aus der deutschen Volkswirtschaft herauszuquetschen, was nottut, Frankreich und England vor dem Bankrott zu setzen. Dieser saubere Plan wäre gezeichnet, wenn in Deutschland 12 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit den gewaltigen politischen Parteien der Arbeiter Front gemacht hätten. Die Einheitsfront wäre sehr schnell hergestellt worden, und das ganze Rechenexempel der Entente wäre in nichts zerfallen. Die deutschen Kapitalisten seien jetzt mit den Kaiserern die Sklavensklaven des deutschen Proletariats im Interesse der Entente geworden. Die Arbeiterklasse müsse jetzt vor allem zur Herstellung einer Einheitsfront streben, um die Absichten der Kapitalisten und Junker zu vereiteln. Das habe zu geschehen in dem Sinne, daß alle Arbeiter und Angehörigen in den Betrieben, Gewerkschaftsversammlungen und Parteiversammlungen ihre Kräfte bringen, zu diesen Problemen Stellung zu nehmen. Die Einheitsfront des Proletariats dürfe nicht von dem gewöhnlichen Standpunkt „Einigkeit“ aus betrachtet werden, sondern man müsse sie als Erkenntnis der Ursachen und des Zieles, das angestrebt werde, auflassen. Man müsse sich jetzt schon darüber klar sein, daß der Arbeiterkampf niemals freiwillig abbreche, sondern durch Gewalt im jähren Kampf gezwungen werden muß. Solange dieser Kampf, sei seine Ausdehnung auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu erwarten. Durch seine militärischen und politischen Durchdringungen werden auch die Arbeiter, ähnlich wie der Weltkrieg wieder entstehen. Das liegt im Wesen des Kapitalismus. Es sei die Zeit und

Stunde, daß das Proletariat nun endlich erwache und die Quelle alles Elends und Leides für das Proletariat für immer verschlicke. Anstelle der herrschenden Bourgeoisie müsse die Herrschaft des Proletariats treten. Der Schluß der Rede wurde mit einem stürmischen Beifall begleitet. Ein nicht endenwölkender Beifall begleitete die Schlußsätze des Referats, und es begann sofort die Aussprache über daselbe. Der rechtssozialistische Reichstagsabgeordnete Franz aus Waldenburg betrat die Bühne, um zunächst die Ausführungen des Redners zu unterstreichen. Ganz allmählich geriet dieser brave Spießbürger in den Harnisch und zwar deshalb, weil ihn die Versammlung aufforderte, doch einmal die Beweise des Referenten bezügl. der Mitschuld der Sozialdemokratie zu widerlegen. Ganz außer Konzept geraten, stammelte er einige Bemerkungen über die „Jugend“ des Referenten und über kommunistische Sammelkisten oder über einen kommunistischen Agitator, der jetzt deutschlandweit sei, vergaß dabei aber ganz seine „Genossen“ Maurenbrecher, Moth, Winnig und Seemannsmüller. Zum Schluß sagte er wörtlich, worauf ein ungeheurer Lärm entstand: „Wir können nicht eher etwas machen, bis nicht wenigstens 30 bis 40 Millionen Proletariat verhungert am Straßengraben liegen!“ — Als er das gesagt, verschwand der saubere Volkvertreter von der Bühne, um sich von der Abgeordneten Anfrage ablösen zu lassen, die, wenn sie auch mit keinem Wort zum Thema sprach, hauptsächlich ihr Verdienst um die Arbeiterbewegung herunterleitete. Sie war auch nicht imstande, zum Thema ein Wort zu reden und machte sich höchstens etwas annehm, weil sie über Dinge sprach, die jedes Kind weiß und sonst nichts von Franz nachahmte. Als sie die Bühne verließ, erschien ein Herr Hirsch, seines Zeichens Betriebsrätesekretär. Dieser legte als Gewerkschaftsbeamter das Geständnis ab, daß er sich noch nie mit Politik beschäftigt habe. Sein Auftreten war das eines Clowns aus einer Schaubude, der wohl die Versammlung zu heftigen Widersprüchen gegen seine Bauernwitwe herausfordern konnte, aber sonst sich als geistig impotent erweise. Was kam aber, als die geistigen Größen aus dem Waldenburger Gebiet endlich ihren Film abgedreht hatten, zum Vorschein? Nichts als Unflut, Feigheiten und Provokation des Proletariats. Ein anderer Diskussionsredner sollte den Ausführungen des Referenten seine Zustimmung geben. Der Genosse Scholze beschaffte sich dann kurz mit der schäbigen Kampfesweise dieses Reichstagsabgeordneten und des Betriebsrätesekretärs, der sich durch seine Redereien allein schon unsterblich blamiert hatte. Alle Behauptungen dieser Herrschaften wurden unter stürmischem Beifall der Versammlung von unserem Redner widerlegt und eine Niederlage war es für die geistigen Größen der Sozialdemokratischen Partei. Keiner der Versammelten wird den Anblick vergessen können, den die in allen Fragen und Gebieten abgeführten Größen boten, als sie der Reihe nach abiraten. Stürmischer Beifall setzte ein, als der Referent mit einem wuchtigen Appell an die Proletariat ohne Unterschied der Partei sich wandte. Alles gelobte, nichts unversucht zu lassen, um das kämpfende Proletariat zum Siege zu führen. Bemerkenswert war außerdem, daß kein einziger Versammlungsberechtigter den drei stehenden Volkvertretern folgte, sondern unser Redner darin zustimmte, daß es so wie 1914 und 1918 nicht mehr gehen könne, bewährten Führern auf Grund ihrer Vorbeeren, die sie sich erobert haben, einfach blindlings zu folgen, sondern es käme jetzt darauf an, mit denselben zu gehen, die den Willen zum Kampfe für das Proletariat ehrlich haben.

Rote Hilfe.

Weiter gingen ein: Ortsgruppe Ziegenhals, Liste 10 221, 44,60 M.; Ortsgruppe Danzig, Liste 10 245, 44,50 M.; Liste 10 246, 55,50 M.; Ortsgruppe Nieblich, Liste 19 177, 47,— M.; Ortsgruppe Nieder-Germersdorf, Liste 39 197, 90,50 M.; Ortsgruppe Langenbielen, Liste 39 480, 24,— M.; Liste 39 481 151,50 M.; Liste 39 483 17,— M.; Liste 39 484 245,— M.; Liste 39 490 25,— M.; Liste 39 485 44,50 M.; Ortsgruppe Nieblich, Liste 39 681, 10,— M.; Liste 39 682 4,— M.; Liste 39 685 47,— M.; Liste 39 686 24,— M.; Liste 39 687 11,— M.; Ortsgruppe Breslau, Liste 5208, 38,— M.; Ortsgruppe Penzig, Liste 39 653, gesammelt in Detscha, 70,— M.; Liste 39 658 31,— M.; Liste 39 660 35,— M.; Liste 39 663 30,— M.; Liste 39 664 28,50 M.

Gelder sind zu senden an R. Belle, Bäckerei, Postfachkonto Breslau 38599.

Versammlungskalender.

SPD. Breslau, Distrikt 1 und 2 und 3/13. Freitag, den 26. August, abends 7½ Uhr, Dippstr. abend.

Donnerstag, den 25. August, abends 7½ Uhr, im Bratslawia, Mauritiusplatz. Außerordentliche Funktionärerversammlung. Tagesordnung: Der Weg der SPD. in den kommenden Kämpfen. Es ist unbedingt erforderlich, daß alle Funktionäre, die in der Partei, in den Betrieben und in den Gewerkschaften arbeiten, bestmöglich und vollständig erscheinen.

Die Ortsleitung Breslau.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48.



Täglich geöffnet.

Zeitungsträgerin
für Städtischer Vorkauf gemacht.
Kellnereien abends 5 bis 6 Uhr im
Berl. d. Schles. Arb.-Zig.,
Kilometerstraße 49/50, 1 Z.

BILLIGE preiswerte MÖBEL
pol. Schrank 180, Chaiselton 150, Plüschsofa 550, Bajschisch mit Parvor 300, Anzechtisch 240, Nachttisch 75, Min-Schreibtisch 490, Küchen-Büffel 300, Bettsofa 300, Gard.-Schrank 200, Pettkette mit Matratze 150, Schreibtisch, gr. Zimmer-Spiegel, Säulen mit schwerer Kristallglas 800, Bajschisch mit Kasten 5 Mark.
M. Giesel, Bräuerstraße 23